Heft 2 | **Juni 2020** | 42. Jahrgang | € 2,10

FRANKFURT MAGAZIN

Heimat – mehr als ein verträumtes Gefühl

Aus der Partei
Interview mit Prof. Dr. Zimmer
Seite 6

CDU in Aktion
Tierschutz in Zeiten von Corona
Seite 10

Fraktion
Verkehrskonzept in Frankfurt
Seite 14

CDU im Dialog
Interview mit Ulrich Caspar
Seite 24

Inhalt

Editorial 3
Interview mit Prof. Dr. Zimmer 6
CDU vor Ort 9
CDU in Aktion – Tierschutz in Zeiten von Corona 10
Debatte – Vorbereitung Ökumenischer Kirchentag 2021 12
Fraktion – Verkehrskonzept 14
Aus der Partei – Brüssel 20
Aus der Partei – Berlin 21
Aus der Partei – Wiesbaden 22
CDU im Dialog – Interview mit Ulrich Caspar 24
Gastbeitrag von Dr. Walter Seubert 27
Vereinigungen 28

Aus der Partei Interview mit Prof. Dr. Zimmer

CDU in Aktion Besuch vor dem Tierheim

Fraktion Verkehrskonzept in Frankfurt

CDU im Dialog Interview mit Ulrich Caspar

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
Kurt-Schumacher-Straße 30–32
60313 Frankfurt a. M.
Tel. (069) 153099-0
info@cduffm.de, www.cduffm.de

Redaktion: Ann-Kristin Müller (akm, V.i.S.d.P. für die Parteiarbeit)
Jan Schneider (js), Dr. Joachim Rotberg (V.i.S.d.P. für den Fraktionsteil)

Freie Autoren: Tobias Fechler (tf), Frank Goldberg (fg), Monika Imtrau (mi), Axel Kaufmann (ak), Yannick Schwander (ys), Prof. Dr. Matthias Zimmer (mz)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.

Titelseite: S-F / Shutterstock.com

Herstellung: Henrich Druck + Medien GmbH, Frankfurt, www.henrich.de
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 20.06.2020
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 20.09.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde der Frankfurter CDU

Trotz einiger Lockerungen stellt uns die aktuelle Situation weiterhin vor Herausforderungen – auch in der Parteiarbeit. Es ist weiterhin wichtig, dass wir alle zusammenhalten, um diese Krise gemeinsam zu bewältigen. Die CDU ist eine Partei, auf die man sich seit 75 Jahren verlassen kann.

Wir handeln aus christlicher Verantwortung, aus der Überzeugung, dass nach uns Generationen kommen, die das Leben noch vor sich haben oder vielleicht noch gar nicht auf der Welt sind. Die Folgen der aktuellen, durch Corona ausgelösten Krise spüren wir alle.

Wir haben uns daher bewusst entschieden, in diesem Heft zwei weitere Interviews zu führen mit Menschen, die die Krise aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Schauen Sie dazu auf die Seiten 10 und 24. Wir berichten zudem über die neuesten Entwicklungen beim 3. Ökumenischen Kirchentag, der 2021 in Frankfurt am Main stattfindet.

Auch in unserer Partei haben wir in den letzten Monaten ein paar Veränderungen gespürt, insbesondere bei den Veranstaltungsformaten. Es wurden vermehrt Online-Sitzungen durchgeführt. Wir haben verschiedene Formate ausprobiert, und wenn es einmal nicht funktioniert, dann finden wir einen anderen Weg. Unser Anspruch muss aber sein, dass wir die Kultur des Ausprobierens beibehalten.

Zusammenhalt aus Verantwortung – darum ging es bereits vor 75 Jahren bei der CDU, darum geht es heute und darum geht es auch in Zukunft. Das wird unsere Geschichte. An ihr schreiben wir jetzt. Packen wir es gemeinsam an.

Viele Grüße und bleiben Sie gesund!

Ann-Kristin Müller, Chefredakteurin

Editorial

Bei der CDU sind das Land, die Stadt, die Gemeinde, die eigene Familie und der Arbeitsplatz in guten Händen.

Daher wünsche ich mir: dass auch in Zukunft Menschen zu uns kommen und sich uns anschließen; weil sie sagen: Ihr wisst, was ihr tut. Anfang Juni haben wir die Mitmach-Aktion

#GeradeJetztCDU (www.jetzt-cdu.de)

gestartet, um neue Mitglieder zu gewinnen. Wir bitten Sie: Machen Sie mit! Werden auch Sie Teil der Kampagne und werben Sie neue Mitglieder.

Ja, unser Land braucht uns, es braucht jeden Einzelnen von uns. Christdemokraten zu sein bedeutet: Wir sind ein Teil der Geschichte, die gemacht wird, und jeder von uns dreht an diesem großen Rad mit.

Aus der Partei

Jan Schneider, Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU

Lehren aus der Corona-Krise

Heimat – mehr als nur ein verträumtes Gefühl

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Frankfurt,

wir alle fragen uns, wann die noch immer andauernde Corona-Krise endlich ihr Ende gefunden haben wird. War man zu Beginn der Krise für möglichst stündliche Bulletins über den Stand der Dinge – Infektionszahlen, Informationen über den Schutz und Therapie – dieser neuartigen Krankheit dankbar, so kann man die Berichte über Covid-19 langsam aber sicher kaum noch hören. Wir alle wollen möglichst schnell zurück zu unserem lieb gewonnenen Alltag vor der Virus-Krise: Freunde und Bekannte treffen, Arbeiten und Einkaufen ohne Mundschutz, Bewegen und Reisen ohne Auflagen, Gebote und Verbote. Gleichzeitig kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Einschränkungen richtig und wichtig waren, um unsere Schwächsten und auch uns selbst zu schützen. »

Schutz der Schwächsten eine Selbstverständlichkeit

Für uns Christdemokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Schwächsten unsere volle Solidarität und Hilfe brauchen und verdienen. Unverantwortliche und letztlich unerträgliche Schwafeleien, die sich einmal mehr an den politischen Rändern zeigten, sind auch an dieser Stelle einmal mehr klar und deutlich zurückzuweisen: Nein, das Corona-Virus ist keine staatliche „Erfindung", um Freiheitsrechte einzuschränken! Es ist und bleibt eine gefährliche, keinesfalls zu unterschätzende Krankheit, die noch immer für sehr viele Bürgerinnen und Bürger eine lebensbedrohliche Gefahr darstellt. Viele von uns mögen derweil Berichte von Bekannten kennen, bei denen die Infektion relativ glimpflich ist. Wir wissen aber auch von vielen, für die eine Infektion direkt auf die Intensivstation führte, und leider auch von einigen, die an der Infektion und ihren Folgen gestorben sind. Bis zum heutigen Tag starben trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Therapien offiziell mehr als 60 Frankfurterinnen und Frankfurter an dieser Krankheit. Rechnet man eine gewisse Dunkelziffer ein, so muss man leider von deutlich mehr Opfern der Corona-Pandemie ausgehen. Und: Es können noch deutlich mehr werden, wenn eine zweite Krankheitswelle eintritt und das Virus sich verändert, denn dann hilft nicht einmal eine überstandene Krankheit. Wer will bei all diesen Gefahren und Unwägbarkeiten ein Risiko eingehen? Und wer entscheidet darüber, welche Leben es nicht wert sein sollten, gerettet zu werden? Für Christdemokraten ist jedes Leben zu schützen und das unabhängig von aktuellen Umfragewerten! Wir diskutieren nicht über angeblich „unvermeidbare Opfer", rechnen Menschenleben und Lebenszeit nicht etwa gegen Wirtschaftsdaten oder individuelle Freizeitwerte. Und wer – das sollten wir uns einmal fragen – macht so etwas eigentlich? Wenn übermütige Heranwachsende etwa im Frankfurter Hafenpark trotz aller Verbote öffentlich trainieren und ihre vermeintliche Stärke zur Schau stellen, dann ist das sicher ihrer Jugend und noch fehlenden Lebenserfahrung geschuldet. Aber wer maßt sich als erwachsener Politiker in anderen Parteien an, kühle Zahlenspiele über die Corona-Seuche und angeblich hinzunehmende Opfer anzustellen?

Staatliche Hilfspakete – starke Zeichen und wichtige Wege aus der Krise

Für die einzig richtige Reaktion stand und steht hingegen die CDU-geführte Bundes- und Landesregierung. Das erst kürzlich auf den Weg gebrachte Hilfspaket der Bundesregierung unter Angela Merkel, die unser Land zuverlässig und eindrucksvoll durch die Krise gesteuert hat, wird vor allem die wirtschaftlichen Folgen sehr effektiv bekämpfen und viele gefährdete Arbeitsplätze sichern. Zusätzlich zu diesem 130 Mrd. Euro schweren „Cornona-Schutzschild" der Bundesregierung hat die Hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier ein eigenes Corona-Soforthilfepaket in Kraft gesetzt, durch das bis heute 89.000 Antragsteller (Unternehmen und Selbstständige) 815 Millionen Euro erhalten haben. Bundes- und Landesregierung haben also schnell und entschlossen gehandelt. Und in Frankfurt?

Frankfurt als sichere Heimat – dank einer starken Infrastruktur und gut arbeitender Dezernenten

Hier zeigt sich leider ein etwas zwiespältiges Bild der städtischen Politik. Während etwa der Wirtschafts- und Sicherheitsdezernent Markus Frank zusammen mit Sozialdezernentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und dem Gesundheitsdezernenten Stefan Majer (Grüne) rund um die Uhr die Frankfurter Infrastruktur krisenfest machte, den geordneten „Lockdown" souverän, mutig und entschlossen organisierte sowie in kürzester Zeit dafür sorgte, dass alleine in Frankfurt 600 (!) Intensivbetten zur notfallmäßigen Behandlung akuter Corona-Infektionen bereitgestellt wurden, fehlte vom Frankfurter Oberbürgermeister jede Spur bei der praktischen Krisenbewältigung. Sicher gab es den einen oder anderen Aufruf oder eine plakative Werbeaktion. Aber selbst uninteressierten Beobachtern wurde deutlich, dass Herr Feldmann die Krisensituation vornehmlich zur eigenen Selbstdarstellung nutzen wollte. Mehr war von ihm – dem direkt gewählten Frankfurter Oberbürgermeister – nicht zu sehen und zu hören. Ein verantwortungsbewusster Oberbürgermeister hat in diesen Zeiten aber nicht nur plakativ in die Kamera zu schauen, wenn er sich vor Ort bei den Behörden, Institutionen und Hilfsorganisationen über die aktuelle Situation informiert. Er muss auch mit dem ganzen Gewicht seines Mandates seine Magistratskollegen unterstützen. Bei der Koordination und Unterstützung des Gesundheitsamtes, der Stadtpolizei, des Katastrophenschutzes, bei Verhandlungen mit der Landes- und Bundesregierung: Hier überall wäre eigentlich der Frankfurter Oberbürgermeister gefordert. Dass jedoch ausgerechnet derjenige Politiker, der die Stadt Frankfurt immer plakativ zum „sicheren Hafen" für potenzielle Zufluchtsuchende erklären will, am wenigsten zur Krisenbewältigung und damit zum Schutz aller hier schon lebenden Frankfurter Bürgerinnen und Bürger beiträgt, ist letztlich nur noch peinlich. In normalen Zeiten mag dies nicht unbedingt auffallen, aber in der jetzigen Krise – der größten seit 1945 – sticht die bloße Ankündigungspolitik und Selbstdarstellungswut des OB noch unangenehmer als sonst schon hervor. Und dennoch: So betrüblich das unprofessionelle Verhalten der Frankfurter OB gerade in der Corona-Krise ist, so deutlich hat sich doch die Stabilität und ausgezeichnete Infrastruktur unserer Heimatstadt einmal mehr behauptet. Frankfurt hat sozial, medizinisch und wirtschaftlich „standgehalten" und sich als sichere Heimat aller Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Und nur eine sichere Heimat kann auf Dauer eine echte, ja eine wahre Heimat sein. Dabei holt Frankfurt – dank der hervorragenden Arbeit unserer CDU-Dezernenten – schon wieder zum weiteren Aufschwung aus. Ein deutlicher Beweis hierfür ist etwa, dass es Wirtschaftsdezernent Markus Frank nach langer, harter Arbeit vor Kurzem gelungen ist, die wegweisende „Fashion Week" von Berlin an den Messestandort Frankfurt zu holen. Sie ist eine weltbekannte und renommierte Messe mit enormem Wirtschafts- und Zukunfspotenzial. Frankfurt wird also eine positive Zukunft zugetraut, und zwar international.

Die Frankfurter CDU als Heimat

Für uns CDU-Mitglieder ist dabei klar, dass diese sichere Heimat, in der wir uns behütet und wohl fühlen, nicht ohne unsere engagierte Mitarbeit möglich ist: Ohne das Wirken der Frankfurter CDU – unserer politischen Heimat – wird es kaum eine funktionierende Heimatstadt Frankfurt geben; dies zeigt uns das mahnende Beispiel des SPD-OB Feldmann. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Parteiarbeit, die durch die Corona-Krise deutlich erschwert wurde, so erfolgreich wie bisher fortsetzen. Aktuell arbeiten wir am finalen Gesamtentwurf für das neue Kommunalwahlprogramm. Die Grundlage hierfür haben vor allem die Fachausschüsse und Vereinigungen unserer Partei in ihrer unverzichtbaren Vorarbeit geleistet. Sie haben in ihren Fachentwürfen eine hervorragende Arbeit geleistet, für die ich mich auch an dieser Stelle ausdrücklich bedanken will. Die Fachausschüsse und Vereinigungen haben seit dem Beginn des Programmprozesses im Sommer 2019 unermüdlich und intensiv Ideen, Projekte und Programme diskutiert, ausformuliert und vor Kurzem fristgerecht als fertige Entwürfe eingereicht. Die damit verbundene Mühe, das eingebrachte Arbeitspensum haben nicht nur mich sehr beeindruckt. Man spürt, dass die Mitglieder mit wahrem Herzblut an ihrem eigenen Programm mitgearbeitet haben und auch wissen, dass ihre Mitarbeit zählt. Lassen Sie uns mit diesem Engagement in den kommenden Wochen den Kommunalwahlkampf auch personell und strategisch weiter vorbereiten. Dann brauchen wir die Kommunalwahl nicht fürchten; im Gegenteil. Ich bin mir sehr sicher, dass wir die stärkste politische Kraft bleiben und unser parlamentarisches Gewicht – zum Wohl der ganzen Stadt – ausbauen werden. Die Vorzeichen sind günstig, lassen Sie uns gemeinsam die gegebenen Chancen nutzen!

Ihr

Jan Schneider

Bild: privat

Das Interview mit dem Kreisvorsitzenden der CDA Frankfurt und dem Landesvorsitzenden der CDA Hessen Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB

Matthias Zimmer ist seit 2003 Mitglied der CDA. Er ist seit 2005 Kreisvorsitzender der CDA Frankfurt am Main und seit 2011 Landesvorsitzender der CDA Hessen.

Über die politischen Ziele der CDA, die Kommunalwahl 2021 und den enormen Bevölkerungswachstum in Frankfurt

Frankfurt Magazin: Wann und warum sind Sie Mitglied der CDA geworden?
Matthias Zimmer: Ich komme aus der Tradition der katholischen Soziallehre. Und die wird in der CDA in besonderer Weise gepflegt. Der Begriff der Personalität ist dabei wichtig, weil er Freiheit und Bindung miteinander verknüpft. Daraus lassen sich dann Gestaltungsideen für die Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft ableiten. Die sind mit den Begriffen Solidarität und Subsidiarität beschrieben. Und schließlich ist der Zusammenhalt wichtig: Ohne eine Idee des Gemeinwohls, in der auch die Gerechtigkeit ihren Platz findet, kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht überleben.

Für welche politischen Ziele steht die CDA vor allem?
Die CDA vertritt innerhalb der Union die Interessen der Beschäftigten. Arbeitsrecht, Mitbestimmung, Tarifautonomie und gerechte soziale Sicherungssysteme sind Kernanliegen der CDA.
Darüber hinaus sind uns die Themen des sozialen Zusammenhalts besonders wichtig, also: Familie, Rente, Gesundheit, Pflege. Das Grundanliegen lässt sich einfach zusammenfassen: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Er ist wichtiger als alle Ideen, auch wichtiger als der Markt.

„Ich komme aus der Tradition der katholischen Soziallehre. Und die wird in der CDA in besonderer Weise gepflegt."

Wo liegen aktuell die größten Chancen und Herausforderungen bei der Kommunalwahl 2021?
Wir haben zwei Mal unter ungünstigen Umständen gewählt und viele Stimmen verloren. Die müssen wir zurückgewinnen, und zwar in der politischen Mitte. Ich bin davon überzeugt: Für jede Stimme, um die wir uns am rechten Rand bemühen, verlieren wir fünf in der Mitte. Und das sollte eine Volkspartei der Mitte nicht tun. Das bestätigt uns auch die Wahlforschung. Programmatisch sehe ich uns gut aufgestellt, auch personell. Gerade bei Kommunalwahlen überzeugen die Kandidatinnen/Kandidaten.

Immer weniger Bürger sind in Gewerkschaften organisiert. Wie sehen Sie daher die Zukunft der organisierten Arbeitnehmerschaft in Deutschland?
Der Trend ist nicht durchgängig negativ. Die IG Metall etwa wächst. Auch haben wir in Deutschland relativ starke Spartengewerkschaften, wie beispielsweise den Marburger Bund oder die Vereinigung Cockpit. Wir sehen auch: Dort, wo wir einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben, finden wir recht ordentliche Tarifverträge, die gut sind für die Beschäftigten und mit denen auch die Arbeitgeber gut leben können.
Aber wir haben natürlich auch in anderen Bereichen weiße Flecken in der Tariflandschaft – dort gibt es dann auch mehr prekäre Jobs. Ich sage immer: Ein kluger Arbeitnehmer ist in der Gewerkschaft, weil die Gewerkschaft dafür sorgt, dass er mehr Geld verdient. Und er wählt die CDU, weil er das Geld dann auch behalten will.

Als Abgeordneter vertreten Sie unsere Heimatstadt Frankfurt im Deutschen Bundestag und engagieren sich vor allem im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Welche Themen, die dort verhandelt werden, sind gerade für uns Frankfurter interessant und wichtig?
Ganz aktuell natürlich die Corona- und Konjunkturpakete, die wir verabschiedet haben, um über das Kurzarbeitergeld Arbeitsplätze von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sichern, aber auch um Betrieben und Unternehmen finanzielle Brücken in dieser schwierigen Zeit zu bauen. Aber wir befinden uns in einer zweiten Krise, die viel wirksamer sein wird. Das betrifft die neuen Formen der Arbeit. Da müssen wir höllisch aufpassen, dass wir die Menschen mitnehmen, dass wir sie qualifizieren. Wir stehen in einem dramatischen Umbruch, tiefgreifender als mit der Einführung der Computer und der elektronischen Kommunikation.

Welche Rolle spielen die sogenannten Blaumannjobs noch für eine Finanzmetropole wie Frankfurt?
In meinem Wahlkreis liegen die Industrieparks von Höchst und Griesheim. Schon alleine dadurch wird die eminent wichtige Rolle von Blaumannarbeitsplätzen deutlich.

Der Masterplan Industrie, den Stadtrat Markus Frank 2015 veröffentlicht hat, unterstreicht dies. Mir ist es ein großes Anliegen, dass die Arbeitsplätze weiterhin auch hier gehalten werden. Übrigens hat uns ja die Corona-Krise auch eines gelehrt: Es ist schon problematisch, wenn wir uns in zentralen Bereichen abhängig machen von Zulieferern aus dem Ausland, etwa bei Medikamenten. Wir brauchen auch Werkbänke in Deutschland. »

Frankfurt hat in den letzten Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs verzeichnet. Was macht Frankfurt ihrer Meinung nach so attraktiv? Wird der Zuzug anhalten? Ist der Zuzug positiv?

Ich glaube, der Zuzug wird anhalten. Frankfurt ist ein hochattraktiver Wirtschaftsstandort. Ich finde es toll, dass die klugen und innovativen Köpfe gerne nach Frankfurt kommen. Und es liegt an uns, daraus etwas zu machen. Das können wir aber nicht alleine, sondern wir brauchen die Region.

Petra Roth hat immer von der global city Frankfurt gesprochen, also einem Knotenpunkt, an dem Globalisierung gestaltet wird.

Da hat Frankfurt unter allen deutschen Städten aus meiner Sicht ein Alleinstellungsmerkmal. Aber Petra Roth hat auch immer von der Notwendigkeit einer engen Kooperation mit der Region gesprochen, weil sie wusste: Global city funktioniert nur, wenn wir mit unseren Nachbarn eng zusammenarbeiten.

Wenn Sie einen Blick in die Zukunft werfen: Welche Themen werden im Deutschen Bundestag eine wichtige Rolle spielen und welche Themen wollen Sie für Frankfurt vorantreiben?

Das Thema Nachhaltigkeit und Klimapolitik wird mich wohl nicht mehr loslassen. Das ist eine Jahrhundertaufgabe, schon alleine wegen der Krisen, die ein Mangel an Klimaschutz hervorrufen kann. Eng damit verbunden ist die Digitalisierung. Hier sind wir in Frankfurt besonders gefragt, denn hier bei uns liegt der größte europäische Internetknoten. Ebenso eng mit dem Klimaschutz verbunden ist das Thema Elektromobilität. Hier werden wir noch stärker auf die Förderung von klimafreundlicher Mobilität setzen, von der dann vor allem Ballungszentren wie Frankfurt durch bessere Luft profitieren. Mit diesen Themen zusammen hängt wieder die Frage nach der Zukunft der Arbeit. Das wird auch weiterhin mein Schwerpunkt sein: gute Arbeit für Menschen, die in unserer Stadt leben, Familien gründen, eine Heimat finden wollen.

Bild: privat

„Aber wir befinden uns in einer zweiten Krise, die viel wirksamer sein wird. Das betrifft die neuen Formen der Arbeit."

CDU vor Ort

Westend in Zeiten von Corona

Neue Politikformate durch Corona?

Corona-Krise und einhergehende Ausgangsbeschränkungen bieten aus Sicht der CDU Westend die Chance, Online-Formaten als Ergänzung zur klassischen parteipolitischen Arbeit zum Durchbruch zu verhelfen. Das Ziel bleibt dabei unverändert: den eigenen Mitgliedern wie auch allen anderen politisch Interessierten zu ermöglichen, sich über die Positionen der CDU zu informieren, an politischen Diskussionen teilzunehmen und sich zu Themen auszutauschen. Nur eben ohne physische Begegnung am Stammtisch oder im Versammlungssaal.

Das Westend setzt dabei zwei Schwerpunkte: CDUWestendPodcast und Videokonferenzen. Während der CDUWestendPodcast primär als „Informationshappen" zum Anhören zwischendurch im Interview- oder Dialogformat dient, sollen die Videokonferenzen ein umfangreicheres Interaktionsmodell bieten: Über eine Videoplattform mit Chatfunktion können Zuschauer bei einer moderierten Diskussion „live und in Farbe" dabei sein und auch selber Fragen stellen. Eine Aufzeichnung kann anschließend auf den eigenen Facebook- und YouTube-Kanälen des Stadtbezirksverbands veröffentlicht werden. Ehrengast bei der Premiere von CDUWestendTV am 17. April 2020 war unser Kreisvorsitzender Jan Schneider. Gemeinsam mit Michael Wettemann, Vorstandsmitglied der Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft, und Moritz Graf Brühl, Vorstandsmitglied der CDU Westend und Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens, diskutierte er die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf Frankfurt. Über 300 Zuschauer nahmen live teil oder schauten sich die Aufzeichnung auf Facebook und YouTube an.

„Natürlich freuen wir uns schon darauf, unsere Mitglieder und Wähler bald auch wieder persönlich bei Veranstaltungen begrüßen zu können", so Axel Kaufmann, Vorsitzender der CDU Westend. „Aber auch nach Corona werden die neuen Formate vor allem in zwei Punkten nahezu unschlagbar bleiben: Zum einen ermöglichen sie eine schnelle Reaktionszeit auf aktuelle Themen, und zum anderen verursachen sie fast keinen finanziellen Aufwand. Was will man eigentlich mehr?", so Axel Kaufmann. (ak)

Unfall an der Bahnschranke in Nied

Fechler fordert Sperrung der Bahnstrecke

Da aufgrund der Corona-Beschränkungen Präsenztreffen zur Organisation der Parteiarbeit nicht mehr möglich waren, hat die CDU Nied ihre monatlichen Bürgersprechstunden und Vorstandssitzungen sofort auf Videokonferenzen umgestellt. „Uns war klar: Kommunalpolitik macht keine Pause", so Tobias Fechler, Vorsitzender der CDU Nied.

An der schon vorher viel kritisierten Bahnschranke in Nied kam es am 7. Mai zu einem schrecklichen Eisenbahnunfall, bei dem ein 16-jähriges Mädchen starb.

Beim Thema Bahnschranke war die CDU Nied schon lange aktiv, u. a. durch eine im März 2020 durchgeführte Zugverkehrsanalyse. „Wir wollten schon vor dem Unfall eine Beschleunigung beim Bau der Bahnunterführung anmahnen", so Tobias Fechler. Die CDU-Zugverkehrsanalyse ließ in der Presse aufhorchen und lieferte einen wichtigen Beitrag bei den folgenden Gesprächen mit Bahn und Verkehrsdezernat. Beide scheinen noch von veralteten Zahlen auszugehen. CDU-Vorstandsmitglied Heike Stoner ist Mitbegründerin der neu gegründeten Nieder Bürgerinitiative. „Der Bau der Unterführung muss jetzt beschleunigt werden. Die Schranken müssen weg!", sagt Heike Stoner. Da die Bahn die Bahnstrecke schon wieder freigegeben hat, hat Tobias Fechler einen Antrag auf einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht Frankfurt gestellt. „Das Gericht soll die Bahnstrecke so lange sperren, bis die Unfallursache ermittelt und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen installiert sind. Sonst ist ein weiterer Unfall vorprogrammiert", meinen Fechler und Stoner übereinstimmend. (tf)

CDU in Aktion

Bilder: privat

Das Tierheim in Frankfurt Fechenheim

Tierheim in Frankfurt Fechenheim

Das Tierheim in Frankfurt Fechenheim ist einer von zwei Standorten, die der Tierschutzverein Frankfurt am Main und Umgebung von 1841 e. V. betreibt. Der zweite Standort ist unser Gnadenhof in Florstadt-Niedermockstadt.

Derzeit beherbergen wir in Fechenheim 471 Tiere.
Es handelt sich bei diesen Tieren um:

- **93 Hunde,**
- **156 Katzen,**
- **222 Kleintiere/Vögel/Reptilien.**

Der Verein hat derzeit 731 Mitglieder und 17 Mitarbeiter.

Interview mit Michael Hallstein

Tierschutz in Zeiten von Corona

Frankfurt Magazin: Auf welche Probleme ist das Tierheim während der Corona-Krise gestoßen?
Michael Hallstein: Bereits am 12. März hatten wir beschlossen, das Tierheim und den Gnadenhof für Besucher zu schließen, und am Folgetag haben wir alle ehrenamtlichen Aktivitäten nicht mehr zugelassen. Als einzige Ausnahme war im Einzelfall ein Betreten zur Vermittlung eines einzelnen Tieres – unter den entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen – möglich.
Es ging und geht, neben dem Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch um die Konsequenzen von Kettenreaktionen (eine Ehrenamtliche/ein Ehrenamtlicher hat Kontakt zu einer Person, die Kontakt zu einer/einem Infizierten hatte), die zur Folge haben könnten, dass die Versorgung der uns anvertrauten Tiere nicht mehr zu gewährleisten ist.
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich an die empfohlenen Hygiene-Regeln halten und wurden in Gruppen separiert, wobei auch innerhalb der Gruppen ein persönlicher Kontakt nur mit Handschuhen und Mundschutz erlaubt war.
Die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten stellte unsere Mitarbeiter – aber auch Tierheimleitung und Vorstand – vor zusätzliche Herausforderungen, da die Großeltern als Betreuer auch ausgefallen sind/waren waren.
Hier haben wir durch flexible Lösungen soziale Härten auf ein Minimum reduzieren können; besonders hilfreich war in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, finanzielle staatliche Hilfen zu erhalten.
Auch wenn das Tierheim nach wie vor auch für die Ehrenamtlichen geschlossen bleiben muss, haben wir ab Pfingsten mit einem sehr stringenten Konzept wieder mit dem Gassigehen begonnen. Wesentliches Element sind – neben den Hygiene-Maßnahmen – feste Abholzeiten. Dazu waren erhebliche organisatorische und auch finanzielle Aufwände erforderlich – z. B. das Einrichten einer Hygieneschleuse zur Übergabe der Hunde; neue Hundeleinen, die nur desinfiziert an die Gassigeher übergeben werden; Desinfektionsmittel; Programmieren eines DSGVO-konformen Kalenders im Web, neue Gassigeher-Regeln u. v. m.

Was erhofft sich das Tierheim von der Politik? Welche Anforderungen stellen Sie?
Jede Tierschutzorganisation, die Sie fragen, wünscht sich mehr finanzielle Unterstützung. Wir sind in der glücklichen Lage, einen Verwahrvertrag mit der Stadt Frankfurt am Main verhandelt zu haben, der uns deutlich besser stellt als der vorherige Vertrag und jährliche Erhöhungen der Zuwendung entsprechend den Entwicklungen des durchschnittlichen Vorjahreswertes des Ver-

Gespräch mit Social Distancing auf dem Parkplatz vor dem Tierheim

braucherpreisindex vorsieht. Gleichwohl müssen wir jährlich rund 2 Millionen Euro aufbringen, um unsere Aufgaben wahrnehmen zu können, und starten mit einem Minus von ca. 1,3 Millionen Euro in jedes Geschäftsjahr.
Wenn wir dies durch Nachlässe, Spenden, Zuweisungen etc. nicht decken können, müssen wir auf Rücklagen zurückgreifen … und nach vier „schlechten" Jahren sind wir pleite. Wer dann dieses privat geführte und im Wesentlichen privat finanzierte städtische Tierheim weiterführen soll, weiß ich nicht.
Wichtig wäre für uns, unser Grundbudget zu erhöhen; unser Traum wäre eine finanzielle Unterstützung der Stadt, wie sie von vielen Gemeinden in Deutschland gewährt wird (Beispiele: Detmold, Gotha, Wiesloch …), nämlich 1 Euro pro Einwohner, wobei uns klar ist, dass Vereine, die ein weitläufiges, dünn besiedeltes Einzugsgebiet betreuen, insgesamt rechnerisch höhere Pauschalen benötigen als Vereine in größeren Städten.
Im vergangenen Jahr haben wir 441 Abgabetiere, 385 Fundtiere (159 wurden wieder abgeholt), 73 aus sozialen Gründen abgegebene Tiere und 64 sichergestellte Tiere aufgenommen. 512 Tiere wurden vermittelt.
Ein anderes Thema, dass uns am Herzen liegt , ist die Hundesteuer für sogenannte „Listenhunde", also Hunde von Rassen, die aufgrund der Hessischen HundeVO als gefährlich eingestuft sind. Sie beträgt in Frankfurt am Main auch für Hunde, die von uns vermittelt werden, 900 Euro. Wir würden uns für Hunde, die von uns nach Frankfurt vermittelt werden, eine tierschutzfreudlichere Besteuerung wünschen.
Jeder, der einen solchen Hund bei uns rettet, wird dies nur unter den Rahmenbedingungen – eingehende Prüfung der Interessenten, Vorkontrolle, Ablegen von Sachkunde- und Wesenstest bei unserem Sachverständigen, Nachkontrolle – tun können und sich den Hund auch nicht an anderer Stelle beschaffen.
Und hier komme ich zu unserem Odin, einem fünf Jahre alten Rottweiler-Labrador-Mischling, der aufgrund seiner Rasse auf der schon angesprochenen Liste gelandet ist, da auch Mischlinge von Rottweilern zu den „gefährlichen" Hunden zählen. Odin hat bereits mehrere Interessenten und ist hier stellvertretend für alle anderen Tiere, die auf ein neues Zuhause warten.
Vorgestellt wird Odin von Juliette Fiebig, einer unserer Auszubildenden hier im Tierheim Fechenheim. Insgesamt haben wir hier zurzeit drei Auszubildende zu Tiefpfleger*innen im Tierheim und auf dem Gnadenhof.
Juliette ist im ersten Lehrjahr; die Lehre wird nach drei Jahren mit einer Prüfung abgeschlossen. Bei Interesse an der Ausbildung zu Tiefpfleger*innen sprechen Sie uns an.

Bieten Sie im Tierheim Hilfsangebote an, sodass es erst gar nicht zu einer Abgabe des Tieres kommt?

Hier möchte ich Ihnen nur ein kleines Beispiel schildern:
Bei uns im Tierheim erschien eine Frau mit ihrem kleinen Hund, der schon über zehn Jahre alt war und seitdem bei ihr lebte. Aufgrund einschneidender familiärer Entwicklungen sah sie sich nicht mehr in der Lage, den Hund zu finanzieren.
Sie wurde dann von der Tierheimleiterin und der Tierärztin über die Möglichkeiten der Tiertafel und der tierärztlichen Versorgung für finanziell schwächere Menschen durch eine Tierärztin in der Hauptwache informiert, mit Hundefutter für ein paar Tage versorgt und aus privater Tasche finanziell unterstützt. Natürlich gab es immer noch die Option, wenn es gar nicht mehr geht, den Hund aufzunehmen und zu vermitteln. Das war glücklicherweise nicht erforderlich. ■

Steckbrief Odin

Leider hatte es Odin nicht gut getroffen in seinem Leben. So musste er lange immer wieder hungern, bis er gerade mal noch 16 kg auf die Waage brachte. Dann hat man versucht, den Hund zu ertränken, in dem man ihm einen Draht um das Maul band und ihn ins Wasser warf. Gott sei Dank hatte sich jemand erbarmt, rettete den Rüden und am Ende kam er zu uns.
Odin zeigt sich trotz allem immer freundlich, sehr lieb, verschmust und aufgeschlossen. Er hegt keinen Groll den Menschen gegenüber. Ganz im Gegenteil, er vertraut seinen geliebten Menschen und ist ihnen treu ergeben.
Im Tierheim zeigt sich Odin ruhig und gelassen. Er kann die Grundkommandos, ist stubenrein und stänkert nicht an der Leine. Seine Artverträglichkeit wird derzeit noch genauer geprüft.

Debatte

Der 3. Ökumenische Kirchentag wird 2021 in Frankfurt stattfinden.

Wir wollen ein guter Gastgeber sein

Vom 12. bis 16. Mai 2021 soll der 3. Ökumenische Kirchentag in Frankfurt am Main stattfinden. Die aktuelle Lage erlaubt derzeit leider noch keine Prognose, wie dieser besondere ÖKT aussehen wird. Die Corona-Krise ist gerade für solche Großveranstaltungen eine besondere Herausforderung, die kreative, aber auch verantwortliche Antworten erfordert, die sich an den Erkenntnissen der Wissenschaft orientieren müssen. Als einer der beiden Aufsichtsratsvorsitzenden des Trägervereins, der für Organisation und Finanzierung zuständig ist, bin ich mir gemeinsam mit Dr. Rudolf Kriszeleit dieser Verantwortung sehr bewusst.
Gleichwohl blicken wir optimistisch in die Zukunft. Denn dieser Kirchentag ist von besonderer Bedeutung für die christlichen Kirchen, das gesellschaftliche Miteinander und die Stadt Frankfurt am Main.

Ein Beitrag von Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich

Der Ökumenische Kirchentag 2021 leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Spiritualität und zur Weiterentwicklung des ökumenischen Dialogs. Vor allem aber ruft er uns die gesellschaftlichen Aufgaben der christlichen Kirchen erneut ins Gedächtnis: Sie liefern ein Wertefundament, wie es sich in säkularisierter Form in unserem Grundgesetz findet. Sie sind Anwalt für die Würde und Freiheit des Menschen und stehen für eine Kultur des Lebens – des ungeborenen, des behinderten, des kranken und des sterbenden. Sie sorgen schließlich für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, indem sie sich etwa in der Kranken- und Altenpflege, der Jugendhilfe und der Drogenprävention engagieren. Nicht zufällig lautet das Motto des ÖKT 2021: „Schaut hin."

Wichtigste Aufgabe eines ökumenischen Kirchentages bleibt es allerdings, die Flamme des Glaubens immer wieder neu zu entzünden. Dieser Glaube ist Ursache und Motor des gesellschaftlichen Engagements der christlichen Kirchen. Wir alle bleiben auf ihn angewiesen. Denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein!

Der Ökumenische Kirchentag 2021 will allerdings nicht nur die Angehörigen christlicher Konfessionen ansprechen. Darauf deutet schon die Breite seiner vier Hauptthemen hin, die das gesamte gesellschaftliche Spektrum abbilden. Neben Glaube, Spiritualität und Kirche sind dies Lebensräume, Lebenswelten und Zusammenleben, ferner Schöpfung, Frieden und Weltgemeinschaft, schließlich Wirtschaft, Macht und Verantwortung.

Bild: CDU

Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich – der christlichen Ökumene verpflichtet

So kann der ÖKT 2021 als große integrative Kraft wirken, die Menschen verschiedenen Alters, aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Konfessionen zusammenführt und Brücken zwischen den Nationen und Konfessionen schlägt. Er schafft damit eine Plattform des versöhnenden Miteinanders in einer Zeit, in der die Gesellschaft politisch, ökonomisch und sozial immer weiter auseinanderdriftet, in der unsere Demokratie von den Rändern bedroht ist und vom Rechtsextremismus herausgefordert wird.

Die beiden Aufsichtsratsvorsitzenden des Trägervereins Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich und Staatssekretär a. D. Dr. Rudolf Kriszeleit mit dem Motto des 3. ÖKT 2021

Konsequenterweise sollen daher die Mitglieder der AfD keine Bühne der politischen Selbstdarstellung auf dem ÖKT 2021 erhalten. Das gemeinsame Präsidium des 3. ÖKT hat deshalb beschlossen, als aktive Mitwirkende zum Kirchentag keine Personen einzuladen, die „für rassistische oder antisemitische Überzeugungen eintreten und/oder für Positionen werben, die von einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder von einer ideologischen Distanz zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung geprägt sind".

Der Beschluss nennt konkret die AfD – aber er weist selbstverständlich darüber hinaus. Wenn etwa auf einer Konferenz der Linkspartei im März 2020 eine Rednerin erklärt: „Auch wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen", und der Linken-Parteichef Riexinger dazu zynisch kommentiert: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein", so ist klar, dass auch für solche Positionen in Frankfurt kein Platz sein wird.

Im Kern geht es darum, eine klare Grenze zu Ideologien und Positionen zu ziehen, die mit dem christlichen Verständnis von der Würde des Menschen und den Grundwerten unserer Demokratie unvereinbar sind. Das schließt einen wünschenswerten kritischen Dialog nicht aus, aber es macht auch deutlich, wo die Grenze der Toleranz überschritten ist und dieser Dialog endet.

Der ÖKT 2021 ist aber auch in vielfacher Hinsicht ein Glücksfall für unsere Stadt. Er passt gut in das internationale und weltoffene Frankfurt, das mehr sein will als eine Finanz- und Wirtschaftsmetropole. Im Frühjahr 2021 wird sich das bundesweite Medieninteresse auf Frankfurt am Main richten, das damit auch als ein Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und der kulturellen und geistigen Debatte wahrgenommen werden wird. Darüber hinaus könnte der ÖKT mit etwas Glück zu einem neuen Anschub für Gastronomie und Tourismus werden, sofern dies der weitere Verlauf der Corona-Krise gestattet. Den Frankfurterinnen und Frankfurtern wird er jedenfalls zahlreiche spannende Erlebnisse und Einsichten bieten, zumal sich das Angebot nicht auf das Messegelände beschränken wird, sondern sehr bewusst in die Innenstadt, die Stadtteile und die Kirchengemeinden hinein wirken will.

Wir alle sind daher unserem Kirchendezernenten Uwe Becker zu großem Dank verpflichtet, dass er maßgeblich dazu beigetragen hat, den 3. Ökumenischen Kirchentag nach Frankfurt zu holen. Ich bin mir sicher: Frankfurt am Main wird im Mai 2021 ein guter Gastgeber sein! ■

Fraktion

Die CDU-Fraktion im Römer hat im Juni verkehrspolitische Leitlinien beschlossen. Diese dienen der Union als Grundlage für eine Beratung des dringend erforderlichen Gesamtverkehrsplans für die Stadt Frankfurt am Main, den der zuständige Stadtrat Klaus Oesterling (SPD) allen Ankündigungen zum Trotz immer noch nicht vorgelegt hat. Geht es nach der CDU-Fraktion, soll die Mobilität von möglichst vielen gewährleistet, die Verkehrssicherheit erhöht und die Luftqualität in der Stadt verbessert werden. „Wir werden keine Verkehrsmittel gegeneinander ausspielen", so Fraktionsvorsitzender Dr. Nils Kößler und Verkehrssprecher Martin Daum. Ziel sei vielmehr ein „abgestimmter Mobilitätsmix", bei dem das Auto „nicht verteufelt", sondern als ein für viele Menschen noch immer unverzichtbares Fortbewegungsmittel akzeptiert werde. Weniger Kraftfahrzeuge besonders in der Innenstadt seien zwar unumgänglich, weil die Fläche der Stadt im Gegensatz zur Einwohnerzahl nicht wachse. „Aber um das zu erreichen, setzen wir auf Anreize und Angebote statt auf Vorschriften und Verbote". Kößler kündigte an, dass auf die Leitlinien noch CDU-Forderungen zu bestimmten Einzelprojekten in der Verkehrspolitik folgen werden. „Das Thema ‚Mobilität in Frankfurt' wird in den nächsten Monaten ein beherrschendes Thema".
Lesen Sie hier im FRANKFURT MAGAZIN das vollständige Verkehrskonzept der CDU-Fraktion.

Bild: Grams

Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Verkehrskonzeptes: Martin Daum und Dr. Nils Kößler (v.l.).

Abgestimmter Mobilitätsmix

Durchstarten mit der CDU in der Frankfurter ... Verkehrspolitik!

1.) Verkehrsflächen modern und klug organisieren

2.) Öffentlichen Nahverkehr flächendeckend und attraktiv gestalten

3.) Räume für Wirtschaftsverkehre bewusst schaffen

Unser Grundverständnis

- Richtige Lösungen aus Sicht der CDU
  - folgen einer Gesamtverkehrsplanung auf der Grundlage aller Verkehrsmittel, da nur ein abgestimmter Mobilitätsmix den Großstadtpuls am Schlagen hält,
  - gewährleisten die Mobilität von möglichst vielen, erhöhen die Verkehrssicherheit und verbessern die Luftqualität,
  - gleichen die verschiedenen Interessen rational aus, beweisen Augenmaß und überwinden das schräge Denkmuster „gute gegen böse Verkehrsmittel",
  - arbeiten mit attraktiven „Angeboten" an die Verkehrsteilnehmer, nicht Verboten,
  - nutzen die Chancen der Digitalisierung für eine zügige Verkehrsabwicklung und für die Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel.
- Hohe Lebensqualität bei steigenden Einwohnerzahlen kann nur gesichert werden, wenn das „Mehr" an Verkehr intelligent organisiert wird, die Organisation auf gesicherten Annahmen basiert und alle Verkehrsteilnehmer adäquat berücksichtigt werden: Konzepte für die Innenstadt, Quartierskonzepte für Stadtteile sowie Angebote für die Pendler aus dem und ins Umland. Taxis, der Wirtschaftsverkehr, Erreichbarkeit durch Handwerker und eine gute Organisation des Lieferverkehrs gehören zur leistungsfähigen urbanen Mobilität und müssen berücksichtig werden. Ziel ist es, den motorisierten Individualverkehr durch attraktive ÖPNV-Angebote in Frankfurt und ins Umland sowie durch den weiteren Ausbau des Radverkehrs als emissionsfreies und gesundheitsförderndes urbanes Verkehrsmittel zu verringern.
- Die Instandhaltung der Hauptverkehrsstraßen der Stadt wie die regelmäßige Sanierung aller Straßen und Schienenwege im

Bild: querbeet

Stadtraum muss mit deutlich mehr Mitteln und Ressourcen ausgestattet werden und dient allen Verkehrsteilnehmern.
- Eine stadtverträgliche, urbane Mobilität wie auch eine verkehrssichere Stadt benötigen Rücksichtnahme und Fairplay im Straßenverkehr. Radfahren auf Fußgängerwegen, Falschparken auf Fußgängerüberwegen und Fahrradstreifen, zu schnelles Fahren sowie Rotlichtverstöße gefährden alle und sind nicht hinnehmbar. Neben häufigeren Verkehrssicherheitswochen zur Kommunikation richtigen Verhaltens sind auch mehr Kontrollen und Sanktionierungen notwendig, die Stadtpolizei muss dafür verstärkt werden.

Wir sehen drei wesentliche Handlungsfelder:

1.) Verkehrsflächen modern und klug organisieren

- Wege, Flächen und Räume sind nach und nach und den neuen Entwicklungen angemessen auf Fußgänger, Radfahrer, Lieferverkehre und Pkw-Nutzer zu verteilen. Die neue Flächenverteilung hat das Ziel, fair und rücksichtsvoll die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen, mehr Sicherheit zu schaffen und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Das tatsächliche Verkehrsgeschehen wird sich dadurch entspannen.
- Durch eine attraktivere Gestaltung von Straßen und Plätzen als Aufenthaltsräume bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung, aber temporeduzierter und verringerter Verkehrsbeziehung kann mehr Lebensqualität geschaffen werden, beispielsweise am Mainkai.
- Oberirdisch kann mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer, Dienstleister und für die Freizeitnutzung geschaffen werden. Hierfür sind unterirdische Lösungen für Verkehrseinrichtungen zu prüfen und umzusetzen, z. B. die Weiterführung der U-Bahn zur Sachsenhäuser Warte und Quartiersgaragen. Auch Brücken für Fußgänger und Fahrradfahrer können in Einzelfällen eine Lösung sein.
- Das innerstädtische Radverkehrsnetz soll zügig ausgebaut werden und mit Radverkehrsschnellwegen ins Umland verknüpft werden.
- Fußgängerinnen und Fußgänger benötigen breite Fußwege – eine Mindestbreite von 2,5 Metern soll Standard werden – mit Ruhezonen und einer klaren Trennung der Fuß- und Radwege. Die Barrierefreiheit, auch beim Übergang in den ÖPNV, ist sicherzustellen.
- Carsharing-Angebote sowie Ladesäulen für Elektromobilität sind in ausreichendem Maß zu planen und zu realisieren.
- Da der für den Verkehr zur Verfügung stehende Raum nicht beliebig vermehrt werden kann, muss er durch ein gutes, die Digitalisierung nutzendes Verkehrsmanagement gut genutzt werden. Intelligente Ampelschaltungen anhand des Verkehrsaufkommens – auch für Busse und Bahnen –, ein modernes Verkehrsleit- und Parksystem, App-basierte, mobil zu nutzende Verkehrsinformationen und Buchungen für Leihfahrräder und Carsharing müssen zügig umgesetzt werden.

2.) Öffentlichen Nahverkehr flächendeckend und attraktiv gestalten

- Viele Menschen können bei einem konsequenteren und schnelleren Ausbau des ÖPNV zum Umstieg ermutigt werden. Hierzu müssen erhebliche Investitionen in Strecken, Fahrzeuge und leistungsfähige Technik fließen. Es gilt, Neubaustrecken schneller zu realisieren und auf vorhandenen Strecken die Kapazitäten spürbar zu erhöhen. »

- Wir befürworten eine Ringstraßenbahn, einen Schienenring auch östlich um Frankfurt (Regionaltangente Ost), eine Straßenbahn- oder U-Bahn-Anbindung von Rödelheim und Sossenheim, den U-Bahn-Lückenschluss Bockenheim/Ginnheim mit zentraler Anbindung des Campus Westend der Universität, innerstädtische Schnellbusse, Quartiersbusse und On-demand-Busse (Bedarfsbusse) für Stadtteile an der Peripherie.
- Dabei muss nicht allein die Kapazität gesteigert werden, der ÖPNV ist auch qualitativ erheblich aufzuwerten, er soll zuverlässiger, sicherer und sauberer werden.
- Die Aufenthaltsqualität an den Stationen und Haltestellen muss deutlich verbessert werden: Saubere Bahnhöfe, attraktive Wartehallen und mehr Mittel für Pflege und Wartung der Einrichtungen sind vorzusehen. Der bestehende ÖPNV soll mit Quartiersbussen sowie digitalen Bestellverkehren in dünner besiedelten Stadtteilen und in den Abend- und Nachtstunden ergänzt werden.
- Von hoher Bedeutung ist außerdem die schnelle Schaffung eines Rings von Park-and-ride-Plätzen rund um Frankfurt, an der Stadtgrenze, aber auch wohnortnah in der Region. Dabei gilt es, P+R-Plätze, aber auch andere Schnittpunkte mit großem Aufkommen von Reisenden, etwa S-Bahn-Stationen, zu komfortablen und angenehmen Mobilitätsstationen zu entwickeln, mit Fahrradabstellanlagen, Reparaturmöglichkeiten, Ladesäulen, Carsharing, Einkaufsmöglichkeiten und Schließfächern.
- Vorangetrieben werden soll die große Maßnahme „Fernbahntunnel Frankfurt" für den Fernverkehr. Die Verlegung nach unten in die zweite Ebene gibt Kapazitäten frei für den Regionalverkehr.

3.) Räume für Wirtschaftsverkehre bewusst schaffen

- Die hohe Wirtschaftskraft und die Leistungsfähigkeit des Handels und der Dienstleistungen in der Stadt müssen erhalten und aktiv gefördert werden. Das schließt die notwendigen Verkehrsbeziehungen mit ein. Wirtschaftsverkehre gehen den Individualverkehren im Zweifel vor. Die Erreichbarkeit der Parkhäuser für den Individualverkehr ist sicherzustellen, um den stationären Einzelhandel zu fördern und zu stärken.
- Lösungen für den Wirtschaftsverkehr, Lieferkonzepte, City-Logistik, „letzte Meile", eine bessere Nutzung und Auslastung des knappen Parkraumes und konkrete Andienungs- und Lieferzonenkonzepte gerade auch für die Innenstadt und Einkaufsstraßen in den Stadtteilen (Leipziger Straße, Berger Straße) sind gemeinsam mit dem Handel, dem Gewerbe und der Industrie zu entwickeln und umzusetzen.
- Konkrete Möglichkeiten sind ein stadtnahes Güterverteilzentrum, der Ausbau von Mikro-Depots (Ausbau der Modellprojekte zu einer gesamtstädtischen Strategie), der Einsatz von Lastenfahrrädern für die letzten Meter sowie die Entwicklung eines tageszeitbezogenen oder dauerhaften Lieferzonenkonzepts. So können unnötiger Mehrverkehr, Parkplatzsuche, Konflikte und hohe Zeit- und Kostenaufwendungen vermieden werden.
- Handwerksbetrieben muss ermöglicht werden, ihre Kunden nicht nur anzufahren, sondern auch ihr Fahrzeug zu parken, um die Handwerksleistung erbringen zu können. Ein unbürokratischer, praktikabler Zugang zu Handwerkerparkausweisen ist sicherzustellen. (red) ■

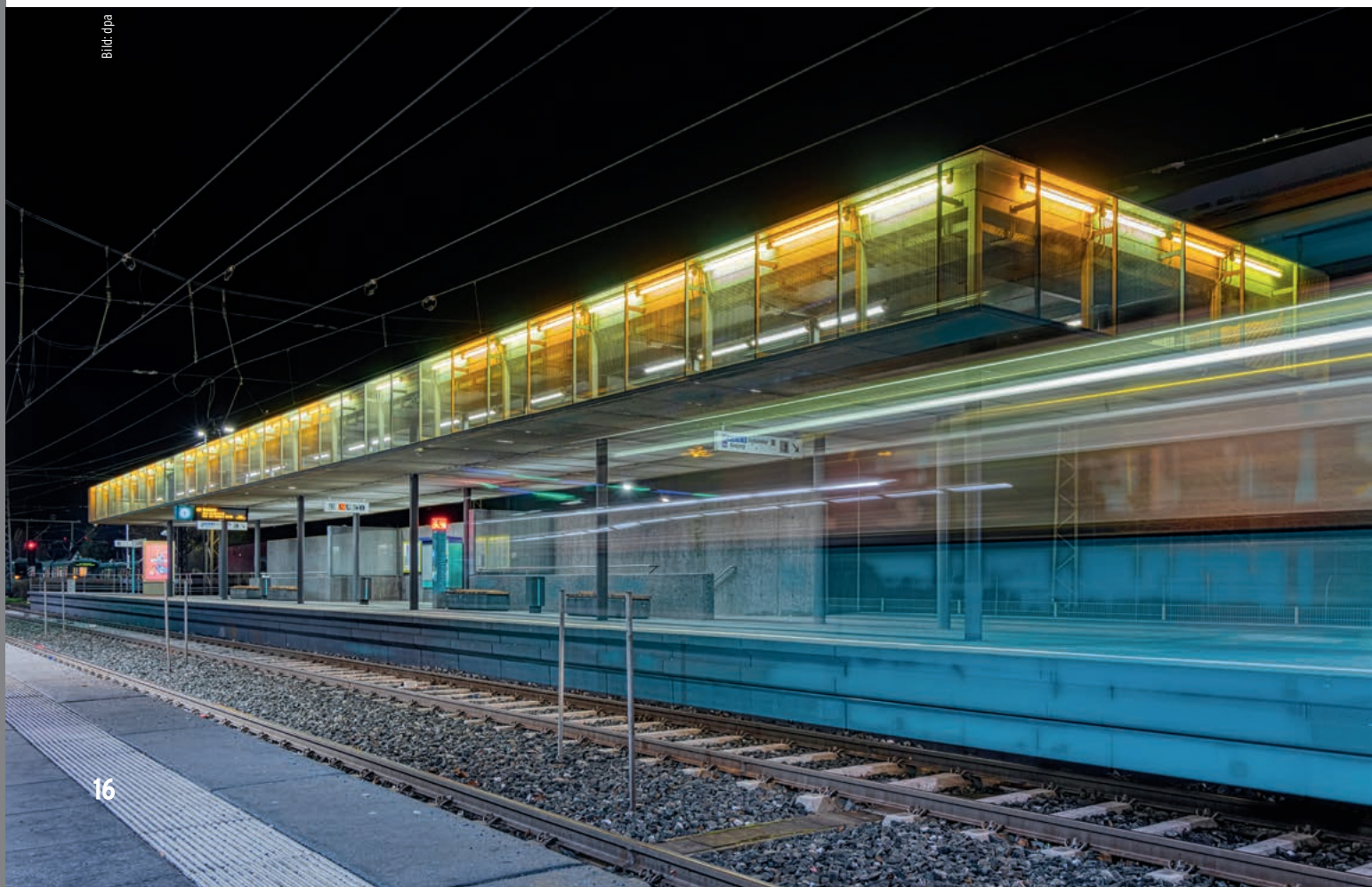


Bild: dpa

„Frankfurt ist der neue Hotspot für das Modebusiness!“

CDU-Fraktion begrüßt Umzug der Modemesse Fashion Week

Über 300 000 Besucher und über 120 Millionen Euro Umsatz pro Saison verzeichnet die internationale Modemesse „Fashion Week“, die seit 2007 in Berlin stattfindet. Jetzt ist die Sause in der Hauptstadt vorbei und das Laufsteg-Spektakel zieht um nach Frankfurt am Main. Ein Riesenerfolg für Bürgermeister Uwe Becker und Wirtschaftsdezernent Markus Frank (beide CDU), die in Berlin mit dem Veranstalter Premium Group verhandelt haben.

Designer, Brands, Prominente, Mode- und Lifestyle-Blogger sowie die internationale Presse tummeln sich gleichermaßen auf dem viel beachteten Mode-Event. Vom 6. bis 8. Juli 2021 soll die erste Frankfurt Fashion Week stattfinden, nicht nur auf dem Messegelände, sondern unter anderem auf der Zeil und dem Eisernen Steg. Ab 2022 gibt es jeweils zwei einwöchige Veranstaltungen pro Jahr. „Damit wird Frankfurt zur Fashionmetropole“, kommentiert die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Christiane Loizides.

Bild: dpa

Der Eiserne Steg wird zum Laufsteg: Ab 2021 gastiert die Modebranche in Frankfurt am Main.

„Mailand, Paris, New York – und jetzt Frankfurt am Main. Das ist ein sensationeller Erfolg für die Messe Frankfurt sowie eine super Chance für die Kreativwirtschaft, vom Maßschneider bis zum Schmuck-Designer“, so Loizides. (jr) ■

Menschenrechtslage in Frankfurter Partnerstädten:

Besorgnis über Entwicklungen in Budapest und Krakau

Die neue queerpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Römer, Verena David, äußert sich besorgt über die Entwicklung der Menschenrechtslage in den europäischen Partnerstädten Budapest und Krakau. „Wir stehen für eine vielfältige, tolerante und freiheitliche Gesellschaft. Mit besonderer Sorge beobachten wir deshalb die Entwicklungen dort.“

Budapest sei eine weltoffene Metropole, so David. „Aber in diesem Mai hat das ungarische Parlament ein weiteres Gesetz beschlossen, mit dem besonders die lebendige LGBTQI-Community in der Hauptstadt diskriminiert wird. In Krakau gibt es zunehmende Bestrebungen, die Stadt zur ‚LGBTQI-freien Zone‘ zu erklären.“ Eine derartige Erklärung sei nicht im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und den Menschenrechten. „Ungarn und Polen müssen als EU-Mitgliedstaaten diese Rechte gewährleisten“, sagt die CDU-Politikerin.

Bild: dpa

„Regenbogen-Disco“ am 12. Juni 2020 auf dem Hauptmarkt von Krakau: Immer wieder werden Demonstrationen für Menschen mit unterschiedlichen Identitäten oder sexuellen Orientierungen in Polen polizeilich aufgelöst.

Angesichts der bedenklichen Entwicklung dürfe Frankfurt nicht sprachlos bleiben. „Wir fordern den Oberbürgermeister auf, beim nächsten Besuch einer Frankfurter Delegation in den beiden Partnerstädten Gespräche mit der LGBTQI-Community“zu führen, so David.

(jr) ■

Vereine bekommen zusätzliche Gelder

2020 soll das Ortsbeiratsbudget für Hilfen genutzt werden können

Bild: Zerbor

Den Vereinen fehlen durch Corona wichtige Einnahmen.

Die CDU-Fraktion im Römer will die Verwendungsmöglichkeiten für das Budget der Ortsbeiräte im Jahr 2020 ausnahmsweise um die Möglichkeit erweitern, aus diesen Mitteln Hilfen an Vereine gewähren zu können. Zudem wird die Verwaltungskostenpauschale für die Vereinsringe angehoben.

Die Vereine sind für unsere Gesellschaft von grundlegender Bedeutung, und das Vereinsleben in den Stadtteilen ist durch die Corona-Krise leider weitgehend zum Stillstand gekommen. Das hat auch erhebliche finanzielle Folgen", sagt der finanzpolitische Sprecher Ulf Homeyer. Der Stadtverordnete betont, dass es hier um bei den Ortsbeiräten bereits vorhandene Mittel gehe. Pro Einwohner und Jahr stünden in jedem Ortsbezirk 50 Cent zur Verfügung, die der Ortsbeirat bisher für Verschönerungsmaßnahmen oder projektbezogene Vereinsförderung in Eigenverantwortung ausgeben könne.

Homeyer hält es zudem für ein starkes Zeichen zur rechten Zeit, dass gerade jetzt die Verwaltungskostenzuschüsse an die 34 Stadtteil-Vereinsringe erhöht werden. „Unsere Traditionsvereine können das erforderliche Management für große Stadtteilfeste nicht komplett aus eigener Kraft zahlen." Auch simple, jedoch nicht minder notwendige Ausgaben für Raummieten, Porto oder Büromaterial werden mit diesem Zuschuss bestritten, der 1982 von Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann (CDU) eingeführt wurde.

(red) ■

Den Mainkai besser als vorher gestalten!

CDU-Fraktion will neuen Stadtraum zwischen Leonhardskirche und Saalhof

Bild: dpa

Streitpunkt Mainkai-Sperrung: Für die CDU ist der gescheiterte Versuch ein Beleg für die Konzeptlosigkeit des SPD-Verkehrsdezernenten.

Die CDU-Fraktion im Römer hat im Zusammenhang mit dem gescheiterten Verkehrsversuch „Sperrung des Mainkais" ihre Initiative konkretisiert, die Situation am nördlichen Mainufer zu verbessern. „Wir wollen eine komplette Überarbeitung des öffentlichen Raumes zwischen Leonhardskirche und Saalhof, damit die Aufenthaltsqualität in diesem wichtigen innerstädtischen Bereich deutlich erhöht wird", erklärt der verkehrspolitische Sprecher Martin Daum.

Daum bekräftigt die Auffassung der CDU-Fraktion, dass der Verkehrsversuch gescheitert ist. „Das nördliche Mainufer wird als wichtige Ost-West-Verbindung für den Autoverkehr weiterhin benötigt." Einen erneuten Verkehrsversuch ab September, wie ihn die Grünen zwischenzeitlich unter Einbeziehung der Berliner Straße fordern, lehnt Daum ab. Er zeigt sich darüber hinaus über die Frankfurter SPD verwundert, die aus dem verkehrspolitischen Desaster der Mainkai-Sperrung offenbar nichts gelernt habe: „Im Gegenteil – die Sozialdemokraten setzen mit ihrem Plan, die Verkehrsader Berliner Straße zum Spazierboulevard umzubauen, noch einen drauf. Neue Innenstadt-Staus wären vorprogrammiert!"

Konkret will die CDU-Fraktion auf der Straße „Mainkai" zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke den Verkehr durch eine andere Fahrbahnaufteilung, Tempo 30 und stadträumliche Neugestaltung verringern. „Das ist eine vernünftige Lösung. Schade, dass eine Verständigung mit unseren Koalitionspartnern hierauf bisher nicht möglich ist", so Daum.

(red) ■

Abstand halten – sicher fliegen!

CDU-Fraktion informiert sich am Frankfurter Flughafen

Nach der Aufhebung der weltweiten Reisewarnung zum 15. Juni für die meisten EU-Mitgliedstaaten, den Schengen-Raum und Großbritannien beendet auch der Passagierbetrieb am Frankfurter Flughafen seine Zwangspause aufgrund von Corona.

Besonders für die Stadt Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet sind wieder steigende Passagierzahlen ein erfreuliches Zeichen, denn an Deutschlands größtem Luftverkehrsdrehkreuz sind durch die aktuelle Krise seit März zunächst rund 95 Prozent des Geschäftsvolumens weggebrochen. Da der Flughafen eine städtische Beteiligung ist, trifft die Coronakrise nicht nur die am Flughafen Beschäftigten, sondern auch die Frankfurter Finanzen sehr hart.

„Die CDU-Fraktion steht an der Seite des Flughafens, seiner Beschäftigten und der Luftverkehrswirtschaft, die jetzt Schritt für Schritt wieder ihre Kapazitäten ausbaut", sagt der Fraktionsvorsitzende Dr. Nils Kößler. Dabei werde der Gesundheitsschutz der Passagiere in den An- und Abflugsbereichen, beim Sicherheitscheck sowie beim Boarding gewahrt, wovon sich Kößler bei einem Rundgang mit Fraport-Vorstand Dr. Pierre Dominique Prümm und Wirtschaftsdezernent Markus Frank (CDU) an Ort und Stelle ein Bild machen konnte. (jr) ■

Bild: Grams

Ortstermin in der Abflughalle B: Fraport-Vorstand Dr. Pierre Dominique Prümm (r.) mit Stadtrat Markus Frank (3. v. r.) und den interessierten Teilnehmern aus der CDU-Fraktion: Ömer Zengin, Dr. Johannes Harsche, Frank Nagel, Dr. Nils Kößler, Robert Lange und Verena David (v. l.).

Bild: dpa

„Unsere Stadt braucht auch die Blaumannjobs"

Umschlagplatz mit rund 9 000 Arbeitsplätzen: der Frankfurter Osthafen

SPD beginnt unvernünftige Diskussion um Wohngebiet im Osthafen

Eine völlig unnötige Diskussion hat Planungsdezernent Mike Josef (SPD) vom Zaun gebrochen mit dem Ziel, den Osthafen für Wohnen zu öffnen. Die CDU-Fraktion hält aber an dem 2013 beschlossenen Osthafenkonzept 2050+ fest.

Die Betriebe brauchen Planungssicherheit", sagt die wirtschaftspolitische Sprecherin Christiane Loizides. „Für unsere Stadt sind auch die Blaumannjobs wichtig." Neue Wohnungen sollten da entstehen, wo Bebauungspläne auf ihre Fertigstellung warten. Und der CDU-Wohnungspolitiker Dr. Albrecht Kochsiek ergänzt: „Bebauungsplanverfahren dauern unter Herrn Josef viel zu lang. Er beschäftigt sich lieber mit teuren Prestigeprojekten am Wasser, als sich schützend vor den Hafenarbeiter im Blaumann zu stellen. Das verstehe, wer will, wir jedenfalls nicht." (jr) ■

Fraktion vor Ort am Osthafen

Der Frankfurter Osthafen war auch das Ziel eines Rundgangs der CDU-Stadtverordneten in der Reihe „Fraktion vor Ort". Gemeinsam mit Wirtschaftsdezernent Markus Frank (CDU) erkundigte sich die CDU-Fraktion bei dem alteingesessenen Metzgereibetrieb „Gref-Völsing" an der Hanauer Landstraße, wie es der Frankfurter mittelständischen Wirtschaft in Zeiten von Corona geht. Begleitet von rund 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern informierte sich die Fraktion zudem über das neue Wohnen im Hafenpark-Quartier, wo direkt neben dem Sitz der Europäischen Zentralbank rund 600 Wohnungen und ein Hotel entstehen. Im Fokus lag zudem das Grundstück an der Mayfahrtstraße, das sich die CDU für einen attraktiven Neubau von Oper und Schauspiel vorstellen kann. (red) ■

Bild: Grams

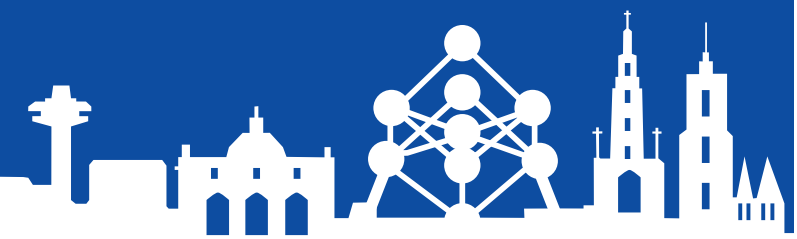
Treffpunkt Osthafenplatz: Die CDU-Fraktion ist mit ihrem Vorsitzenden Dr. Nils Kößler (2. v. r.) immer wieder in den Stadtteilen unterwegs. Im Bild rechts: Stadtrat Markus Frank.

Blick nach Brüssel

Am 5. Mai hat das Bundesverfassungsgericht zum ersten Mal in seiner Geschichte festgestellt, dass Handlungen und Entscheidungen von Organen der EU nicht von der europäischen Kompetenzordnung gedeckt sind und daher in Deutschland keine Wirksamkeit entfalten können.

Bild: privat

Prof. Dr. Sven Simon



Eurobutton: freepik.com

Brief aus Brüssel:

Karlsruhe, die EZB und ein Lösungsvorschlag über das EP

Von unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Sven Simon

Das Urteil ist folgerichtig und konsequent, es wirft aber sehr grundsätzliche Fragen auf. Zur Lösung des konkreten Konflikts habe ich versucht, einen Beitrag zu leisten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil von der EZB verlangt, darzulegen, dass die im Rahmen ihrer Währungspolitik ergriffenen Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu den Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik stehen, die überwiegend in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt.

Daraus ergab sich ein Dilemma, denn natürlich kann die EZB auf das Urteil eines mitgliedstaatlichen Gerichts keine Antwort geben. Sie ist als Institution der EU nur der Rechtsprechung des EuGH unterworfen, der anders entschieden hatte. Da die EZB aber gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig ist, habe ich die Fragen des Bundesverfassungsgerichts in einem Brief an EZB-Präsidentin Christine Lagarde aufgegriffen. Im Idealfall enthält ihre Antwort die erbetene Darlegung, die ich dann in die Beratungen des Europaausschusses des Deutschen Bundestages einbringen könnte. Der Bundestag könnte sich damit befassen und feststellen, dass das Urteil damit umgesetzt ist. Ob es klappt, steht noch nicht fest, aber dieses Beispiel zeigt, wie das europäische Mehrebenensystem funktionieren kann. ■

Wie können Sie das Tierheim unterstützen?

Bild: privat

- Werben Sie für unsere Arbeit
- Werden Sie Mitglied im Tierheim e. V.
- Übernehmen Sie eine Patenschaft für ein Tier
- Werden Sie Gassigeher, Katzenschmuser oder Kleintierstreichler

Spenden Sie:

Postbank Frankfurt/Main,
IBAN DE54 5001 0060 0001 6806 07, BIC PBNKDEFF
Frankfurter Sparkasse,
IBAN DE28 50050201 0000 881367, BIC HELADEF1822

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.tsv-frankfurt.de

Blick nach Berlin

Gesetz gegen Hasskriminalität beschlossen

Von Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB

Der Bundestag hat Gesetzesverschärfungen bei Hetze im Internet, Kinderpornografie und zum besseren Schutz von Kommunalpolitikern beschlossen.
Das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist eine Kampfansage an all diejenigen, die ihren Hass in den sozialen Netzwerken des Internets verbreiten, dort gegen andere Menschen hetzen und sie einschüchtern. Wir werden Täter zur Rechenschaft ziehen und Opfer schützen. Deshalb verpflichten wir mit diesem Gesetz jetzt Facebook, Twitter und Co., künftig strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden, damit eine Strafverfolgung eingeleitet werden kann. Diese Meldepflicht gilt auch für Kinderpornografie. Rauer ist das gesellschaftliche Klima auch für diejenigen geworden, die sich vor Ort in unseren Städten und Kommunen politisch engagieren und für das Gemeinwohl eintreten. Drohungen gegen unsere Bürgermeister und Gemeindevertreter gehören leider inzwischen zum Alltag. Mit dem beschlossenen Gesetz sorgen wir dafür, dass unsere Kommunalpolitiker künftig denselben strafrechtlichen Schutz bei Beleidigungen und Drohungen erhalten wie Landes- oder Bundespolitiker.
Außerdem schützen wir medizinisches Personal in ärztlichen Notdiensten und in Notaufnahmen strafrechtlich mit diesem Gesetz in gleicher Weise wie Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes. Wer diejenigen angreift, die anderen helfen und sie im Notfall versorgen, muss die Härte unseres Rechtsstaats zu spüren bekommen. ■

SPD kommt Forderungen der Union nach

Härtere Strafen für Kindesmissbrauch

Von Bettina M. Wiesmann, MdB

Der Tatverdächtige im jüngsten Missbrauchsfall nutzte einen Serverraum mit hochprofessionellen Datenträgern. Das zeigt: Kindesmissbrauch, das Filmen der Taten, das Verbreiten der Aufnahmen geschehen nicht zufällig. Es sind akribisch geplante Straftaten. Jeder Betrachter ist ein Täter, Kinderpornografie ein Verbrechen. Der Besitz von Kinderpornografie muss entsprechend geahndet werden.
Die CDU fordert die Einstufung von Kindesmissbrauch als Verbrechen, eine Haftstrafe von bis zu fünf (anstatt drei) Jahren für den Besitz von Kinderpornografie und die Einführung der Vorratsdatenspeicherung im Rahmen von Ermittlungen. Dass die Justizministerin (SPD) sich nach anfänglicher Zurückhaltung ebenfalls für härtere Strafen ausspricht, ist Ergebnis des Engagements der Union.

Ihr Engagement gegen Kindesmissbrauch begleitet unsere Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann seit ihrer Zeit als Abgeordnete im Hessischen Landtag.

Die Enttarnung der jüngsten Taten konnte gelingen, weil die CDU zuvor eine Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse durchgesetzt hat. Bereits 2019 forderte die CDU/CSU neben strafrechtlichen Maßnahmen mehr Schutz von Kindern. Die Kinderkommission hat 2018 und 2019 unter meinem Vorsitz klare Empfehlungen gegeben: Polizeiliche Ermittlungen müssen intensiviert sowie Richter, Gutachter und Jugendamtsmitarbeiter besser qualifiziert werden. Präventionsmaßnahmen sollten an allen Einrichtungen für Kinder verpflichtend werden; im Internet müssen Kinder besser vor Anmache und Erniedrigung geschützt werden. Und wir müssen Kindern genauer zuhören! ■

Blick nach Wiesbaden

Krisen sind die Stunde der Legislative

Eindrucksvolle Reise von Landtagspräsident Rhein

Die aktuelle Krise hat die Welt fest im Griff und beschäftigt uns täglich beim Einkauf, in Fragen der Kinderbetreuung, in privaten Gesprächen oder bei der Planung des Sommerurlaubs. Vor uns stehen noch große Herausforderungen, beispielsweise bei der Bewältigung der aus der Pandemie resultierenden Wirtschaftskrise.

Gerade in diesen Zeiten müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf das Funktionieren der staatlichen Institutionen verlassen können. Das Parlament arbeitet daher so weit wie möglich im Normalbetrieb. Die Plenarsitzungen finden regulär statt und auch die Arbeit in den Ausschüssen wird »

Der Landtagspräsident im Präsidentensalon

und wurde fortgesetzt. Dabei werden die geltenden Abstandsregeln eingehalten, auch unter Hinzunahme der Besuchergalerie im Plenarsaal für die Abgeordneten.

In der Demokratie sind Krisen die Stunde des Parlaments und deswegen ist es wichtig, dass trotz der Pandemie die parlamentarische Arbeit fortgesetzt wird. Das Parlament muss das Handeln der Landesregierung legitimieren und auch die Kontrollfunktion ausüben können. Und die Regierung muss auf Grundlage der Beschlüsse des Parlaments alles zur Bewältigung der aktuellen Situation tun.

Wer Polizei und andere Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast!

von Uwe Serke, MdL

In den letzten Wochen kam es wieder zu Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte. Nicht nur in Dietzenbach, wo Polizei und Feuerwehr bei einem Einsatz mit Steinen beworfen wurden, sondern auch bei uns in Frankfurt am Eisernen Steg, als eine Polizistin nur knapp von einem herabgeworfenen schweren Blumenkübel verfehlt wurde, oder in Griesheim, wo mehrere Polizisten angegriffen wurden, die eine Gruppe auf die Corona-Abstandsregeln hingewiesen hatten.

Die Haltung der CDU ist hier ganz eindeutig: Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte ist völlig inakzeptabel. Diese Einsatzkräfte setzen sich Tag für Tag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Ich

Uwe Serke ist direkt gewählter Landtagsabgeordneter für den Frankfurter Westen

schließe mich der Aussage des Hessischen Innenministers Peter Beuth vollumfänglich an: Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast und darf nicht mit einer Geldstrafe davonkommen.

Die CDU Hessen setzt sich bereits seit mehreren Jahren entschieden für härtere Strafen bei gewaltsamen Attacken ein. So wurde beispielsweise 2017 auf hessische Initiative der Schutzparagraf 114 Strafgesetzbuch verschärft. Der hessische Vorstoß nach einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten scheitere aber bisher im Bundesrat. Mit der aktuellen dreimonatigen Mindeststrafe wird jedoch häufig nur eine Geldstrafe verhängt. Erst ab einer Mindeststrafe von sechs Monaten ist dies nicht mehr möglich und es muss eine Freiheitsstrafe bei Angriffen auf Einsatzkräfte folgen. Es ist an der Zeit, dass dieser Forderung der hessischen CDU nun endlich auch andere Bundesländer zustimmen. ■

Blutspenden für weitere Gruppen ermöglichen

Blutspende-Kriterien ausschließlich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren

von Dr. Ralf-Norbert Bartelt, MdL

Matthias Block-Löwer, Vorsitzender LSU Hessen, Ines Claus, Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf-Norbert Bartelt, gesundheitspolitischer Sprecher

Blut- und Plasmaspenden retten Leben.

Das ist unbestritten. Bedauerlicherweise sind noch heute Gruppen der Bevölkerung von der Blutspende quasi ausgeschlossen.

Dies müsste nicht mehr sein, denn es ist kein Problem mehr, von Infektionskrankheiten betroffenes Blut innerhalb von vier Monaten sicher zu identifizieren. Damit ist der Schutz der Empfänger – welcher immer oberste Priorität haben muss – sichergestellt.

Es ist nicht mehr zeitgemäß, Gruppen der Bevölkerung von der Blutspende quasi auszuschließen, weil sie eine für die Blutspende vermeintlich risikobehaftetere sexuelle Orientierung haben. Ich plädiere heute dafür, dass jeder Mensch Blut spenden darf, der vier Monate in einer monogamen Beziehung lebt. Damit würden wir die Möglichkeit zur Blutspende am eigenen Risikoverhalten ausrichten und nicht mehr an der sexuellen Orientierung. ■

CDU im Dialog

Ulrich Caspar,
Präsident der IHK
Frankfurt am Main

Über die Aufgaben des IHK-Präsidenten, Hilfe in Corona-Zeiten, die Kommunalwahl 2021 und die Mobilität in Frankfurt

Bild: Stefan Krutsch/IHK Frankfurt

Frankfurt Magazin: Sie sind seit gut einem Jahr der Präsident der IHK Frankfurt am Main. Wie gefällt Ihnen bisher die neue Aufgabe?

Ulrich Caspar: Meine Aufgabe, als IHK-Präsident die rund 110 000 Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt in ihren Interessen und Anliegen zu vertreten, macht mir Freude, insbesondere wegen der vielen engagierten Mitarbeiter in unserem Haus. Jetzt sind Führung und Verantwortung gefragt, aber auch das Hinschauen auf Details. Es ist eine sehr vielseitige Aufgabe, bei der man oft sofort das Ergebnis seiner Handlungen sieht – zum Beispiel, wenn ich mich dafür erfolgreich einsetze, dass die Wirte in der Corona-Krise mehr Platz für die Außengastronomie bekommen. Dann zu beobachten, wie sich die Restaurants zum Beispiel weit über den Opernplatz ausbreiten, und zu erleben, wie das Leben wieder losgeht, das macht Sinn.

Worin liegen die größten Unterschiede zwischen ihrem vorherigen Mandat als Landtagsabgeordneter und dem jetzigen als IHK-Präsident?

Die Industrie- und Handelskammer vertritt überparteilich die Interessen der regionalen Wirtschaft. Wir nehmen die Probleme und Anliegen der Unternehmen auf, bündeln diese im Gesamtinteresse der Wirtschaft und vertreten dies gegenüber der Politik, der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Zugleich wirke ich auch in die Unternehmerschaft hinein, denn Wirtschaft hat stets den Menschen zu dienen. Das ist eine sehr vielfältige Aufgabe, immer nah an den Alltagsproblemen der Unternehmerinnen und Unternehmer. Ich bin ja selber seit 39 Jahren Unternehmer und weiß, wovon die Rede ist. Wenn sie beispielsweise Schwierigkeiten haben, Fachkräfte einzustellen, weil kein Wohnraum für diese zu finden ist. Durch meine Zeit im Landtag kenne ich, wie der Politikbetrieb läuft und wie man auch die Anliegen der Wirtschaft am besten voranbringt. Als Landtagsabgeordneter engagiert man sich für die Anliegen der Menschen in seinem Wahlkreis. Daran kann man sehen, dass vieles ähnlich ist. Mir persönlich macht es Freude, mit meinen Möglichkeiten weiterhin viel für unsere Region zu erreichen. »

Corona-Krise: Wie hilft die IHK der heimischen Wirtschaft?
Die erste Notwendigkeit ist, möglichst alle Unternehmen, die vor der Krise gesund waren, am Leben zu erhalten. Sie alle werden gebraucht, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. In der Entwicklung und Dimensionierung der verschiedenen Hilfsprogramme sind die IHKn in Hessen intensiv beteiligt, denn wir können abschätzen, was den Unternehmen wirklich nützt und was vielleicht eine sekundäre Rolle spielt. Wir sind uns im Klaren darüber: Die Krise wird überwunden werden, auch mithilfe staatlicher Mittel, aber dabei sollten Maß gehalten werden und Steuergelder möglichst punktgenau eingesetzt werden. Bei der Beratung von Hilfsprogrammen sind wir gehalten, auf beide Aspekte zu achten.

„Jetzt sind Führung und Verantwortung gefragt, aber auch das Hinschauen auf Details. Es ist eine sehr vielseitige Aufgabe."

Wie erleben die Mitglieder im Moment ihre IHK?
Ich vermute, die Wahrnehmung der IHK als ein kompetenter Partner beim Steuern durch die Krise ist stark ausgeprägt. Zumindest lassen die immense Zahl der Anfragen der Mitglieder bei uns und die positive Reaktion auf die Beratungen darauf schließen. In der Hochphase der Krise hatten wir allein mehr als 500 Anrufe am Tag, die meisten haben jedoch auf unsere Homepage zugegriffen. Verordnungen bedurften oft der praktischen Auslegung, wobei die IHK helfen konnte. Wichtig war auch die Rückmeldung an die Ministerien, wenn eine Maßnahme vielleicht klemmte. Dieser Dialog zwischen der Verwaltung und der IHK war äußerst wichtig und hat – wie man an vielen Beispielen sehen konnte – gut geklappt.

Abgesehen von der Krise: Welche Themen liegen darüber hinaus auf Ihrem Schreibtisch?
Mehr Bauland und Baurecht, damit Wohnraum für Fachkräfte entstehen können, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Abbau von Wirtschaftshemmnissen und Digitalisierung sowohl in den Unternehmen als auch in den Verwaltungen sind die Themen. Jetzt durch die Corona-Krise fällt uns die Überregulierung noch mehr auf die Füße als in Hochkonjunkturzeiten.

**Die Kommunalwahl 2021 steht vor der Tür.
Was wünschen Sie sich von der Kommunalpolitik im Römer?**
In erster Linie: Wir brauchen günstigen Wohnraum für die von den Unternehmen dringend benötigten Fachkräfte. Wohnen bei uns ist so teuer, weil nicht genug Angebot da ist – die Kommunen sollten also mehr Wohnbauland ausweisen und Baurecht schaffen, statt Wohnungsbau zu beschränken, wie durch den sogenannten Baulandbeschluss.

Zweitens wünschen wir uns seit geraumer Zeit ein Verkehrskonzept für Frankfurt. In Frankfurt gibt es keinen strategischen Masterplan Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, der alle Verkehrsträger und alle Verkehrsbewegungen berücksichtigt. Verkehrspolitik soll sich doch nach den Bedarfen ausrichten, zum Beispiel nach den Pendlerbewegungen oder dem Warenverkehr. Doch was passiert, sind aus dem Zusammenhang gerissene Einzelprojekte, wie die Sperrung des Mainkais oder der Rückbau von Pkw-Fahrspuren auf den wenig verbliebenen Haupterschließungsstraßen, obwohl unsere Region wächst und es mehr Verkehr gibt.

Welche Voraussetzungen bei der Frankfurter Infrastruktur müssen im Bereich Mobilität gegeben sein, um die Anforderungen von Logistik, Industrie und Handel, deren Kunden und Geschäftspartnern zu erfüllen?
Wir brauchen insgesamt mehr Infrastruktur, alle Verkehrsträger sind überlastet. Wir freuen uns sehr auf die lange ersehnte Regionaltangente West, die den Knoten Frankfurter Hauptbahnhof entlasten wird. Wir wünschen uns, dass daraus ein S-Bahn-Ring um Frankfurt herum wächst. Das Verkehrsmittel Straße darf nicht unterschätzt werden. Unternehmen sind auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen, Warentransport gerade in der Stadt erfolgt nun mal mit dem Lieferwagen oder Pkw. Auch nicht vergessen darf man die Pendler – also die Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen, die oft auf das Auto angewiesen sind. Nicht alle haben die Chance, mit dem ÖPNV zur Arbeit zu fahren, selbst wenn sie das wollten. Das Thema Radverkehr hat innerstädtisch eine wachsende Bedeutung, dem ist Rechnung zu tragen. Die IHK schlägt einen Ausbau der Radrouten zu einem Hauptfahrradstraßennetz parallel zu den Haupteinfallstraßen der Pkws vor, zum Beispiel im Kettenhofweg neben der Bockenheimer Landstraße, im Bäckerweg im Osten der Stadt oder in der Ostendstraße bei der Hanauer Landstraße. Wir wollen, dass möglichst viele Verkehrsträger nebeneinander effizient funktionieren. Es geht um ein Miteinander. Und genau dafür bedarf es des bereits erwähnten strategischen Masterplans.

„Die erste Notwendigkeit ist, möglichst alle Unternehmen, die vor der Krise gesund waren, am Leben zu erhalten. Sie alle werden gebraucht, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen."

Gewalt gegen Polizeikräfte:

Die Grenze des Erträglichen ist erreicht

Nicht erst seit den jüngsten Ausschreitungen in Stuttgart erleben Polizistinnen und Polizisten Gewalt und Respektlosigkeit in ihrem beruflichen Alltag.

Bild: Polizei Frankfurt

Polizeivizepräsident Dr. Walter Seubert

Neu sind einerseits jedoch die Schärfe der politisch-medialen Debatte und die komplette Vermischung unterschiedlicher Themenkomplexe: Da wird pauschal vor „latentem Rassismus" innerhalb deutscher Sicherheitsbehörden gewarnt, Gewalt gegen deutsche Polizisten wird im Kontext der US-amerikanischen Polizeigewalt-Debatte relativiert und in manchen Medien der US-Diskurs undifferenziert auf Deutschland übertragen – die entwürdigende TAZ-Kolumne ist da nur die Spitze des Eisbergs pauschalisierender Polizeikritik.

Andererseits: Auch innergesellschaftlich steigen Misstrauen, Entgrenzung und Aggressivität gegen Einsatzkräfte – wie jüngst in Stuttgart. Auslöser für die Gewalteskalation in der baden-württembergischen Landeshauptstadt war lediglich eine alltägliche polizeiliche Maßnahme, in deren Folge sich Hunderte meist männliche Personen solidarisierten; davon eine Vielzahl mit Migrationshintergrund. Das Ergebnis: mehr als ein Dutzend verletzte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie hoher Sachschaden.

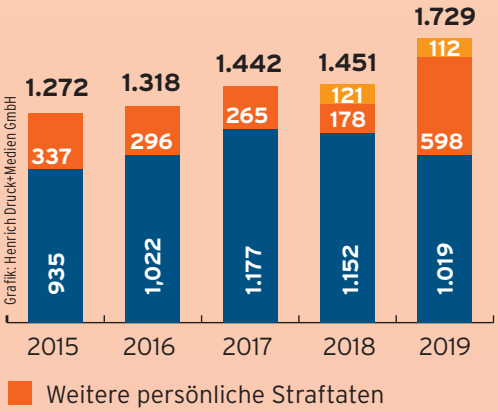
In Frankfurt beobachten wir einen besorgniserregenden Anstieg von Gewalt gegen Vollzugsbeamtinnen und -beamte: Wurden 2016 bereits 1.318 Kolleginnen und Kollegen angegriffen, waren es 2019 schon 1.729 – eine Steigerung von rund 31 %.

Solidarisierungseffekte wie in Stuttgart beobachten wir auch in Frankfurt vermehrt mit Sorge: So nehmen Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte in den letzten Jahren kontinuierlich zu – dies macht die beigefügte Statistik deutlich. Ein Teil davon ist der geänderten Gesetzeslage zuzuschreiben, aber die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Rettungskräfte der Feuerwehr und sonstiger Rettungsdienste werden in Frankfurt am Main zwar nicht im selben Maße Opfer von Straftaten, doch auch hier sind steigende Zahlen zu erkennen.

Ein besonders perfider Angriff ereignete sich vor einigen Wochen in Dietzenbach: Rund 50 Gewalttäter lockten Einsatzkräfte quasi in einen Hinterhalt – sie legten ein Feuer und attackierten die eintreffenden Kräfte von Polizei und Feuerwehr unvermittelt mit Steinen. Erst ein massives Unterstützungsaufgebot an Polizeikräften konnte die Lage befrieden.

Um es klar zu sagen: Die Grenze des Erträglichen ist erreicht. Polizistinnen und Polizisten, aber auch alle anderen Rettungskräfte setzen zum Teil ihr eigenes Leben aufs Spiel, um anderen Menschen zu helfen – gerade dieses selbstlose Engagement erfordert einen starken gesellschaftlichen Rückhalt. Solche Angriffe sind auch immer ein Angriff auf den Wesenskern unserer Gesellschaft – und unser friedlich-demokratisches Zusammenleben.

Personen, die solche Angriffe tätigen, greifen bewusst diesen Wesenskern sowie unser Zusammenleben an und stellen sich außerhalb des demokratischen Konsens. Daher teile ich klar die Haltung von Innenminister Beuth, dass diese hemmungslose Gewalt gesamtgesellschaftlich für uns alle ein Weckruf sein muss. Neben der konsequenten und harten Strafverfolgung ist mir jedoch eines besonders wichtig: Gesamtgesellschaftlich müssen wir alle zusammenstehen und solche Taten aufs Schärfste verurteilen. Gemeinsam! ■



Opferzahlen insgesamt **merklich gestiegen** (+287; –19,9 %)

- **Widerstand** (-133; –11,5 %)
- **Angriffe auf Vollstreckungsbeamte** (+420; +236,0%)
- **Rohheitsdelikte** (–21; –17,6%)

Polizeipräsidium Frankfurt am Main: Polizeiliche Kriminalstatistik 2019

Vereinigungen

Bild: JCDA Deutschland

Bild: privat

JU-Bezirksvorsitzender Yannick Schwander

JUnge Ideen für das Frankfurt von morgen

Junge Union Frankfurt verabschiedet Grundsatzprogramm

Bereits Anfang 2019 hatte die Junge Union damit begonnen, ein neues kommunales Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Hierfür wurden entsprechende Arbeitskreise gebildet, die sich mit den Inhalten für eine positive Entwicklung und gute Zukunft für unsere Heimatstadt beschäftigt haben. In zwölf Arbeitskreisen fanden sich interessierte Mitglieder zusammen und diskutierten ihre Ideen für das Programm. In zahlreichen Arbeitskreissitzungen sowie vielen Terminen und Gesprächen mit Experten außerhalb der Politik wurden die Grundlagen für ein Programm gewählt, das alle Aspekte der Stadtgesellschaft und der kommunalpolitischen Verantwortungen umfasst. Der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Martin-Benedikt Schäfer, fasst den Programmprozess als geordneten Vorgang zur Ermittlung kreativer Inhalte zusammen. „In vielen Sitzungen und Terminen ist ein Programm entstanden, das sich wahrlich sehen lassen kann. Es war und ist beeindruckend zu sehen, in welcher Detailschärfe und inhaltlichen Tiefe hier Punkte diskutiert und letztlich niedergeschrieben wurden. Dieses Programm haben wir den Fachausschüssen der CDU sowie dem Kreisvorstand weitergeleitet, um möglichst viel davon auch im Wahlprogramm der Frankfurter CDU zu implementieren", erklärt Schäfer den Verlauf der Programmarbeit.

Auch wenn das Grundsatzprogramm grundsätzlich zunächst für die Jahre 2021 bis 2026 ausgelegt ist, so gehen viele Punkte darüber hinaus. Die jungen Christdemokraten möchten mit dem vorgelegten Programm vielmehr einen Weg zeigen, mit welchem Frankfurt fit für die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts gemacht werden kann. „Unser Blick richtet sich nicht nur kurzfristig nach vorne. Wir haben das Programm unter allen drei Aspekten der Nachhaltigkeit gestaltet. Sowohl die ökonomische als auch die ökologische und die soziale Komponente der Nachhaltigkeit finden sich in unserem Programm wieder. Unser Ziel wird es sein, dass keine der Komponenten vernachlässigt oder eine zulasten der anderen hervorgehoben wird", gibt Schäfer dem Programm einen Rahmen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die JU auf die Themen Bildung, Verkehr, Digitalisierung und Umwelt. Natürlich haben die aktuellen Entwicklungen aufgrund der Corona-Pandemie noch einmal Einfluss auf das Programm genommen. So habe man den Bereich der Gesundheitspolitik deutlich stärker betont und im Bereich Wirtschaft und Finanzen die Folgen der Krise in den Blickpunkt genommen. „Durch die aktuelle Lage werden Themen relevant und womöglich auch wichtig für die Wahlentscheidung, die ansonsten bei einem Großteil der Menschen keine prioritäre Rolle spielen. In unserem Programm tragen wir dieser Entwicklung Rechnung, ohne dabei aber konkrete und innovative Ideen für die Zukunft zu vernachlässigen. Wir schlagen einen Bogen von den Herausforderungen des Hier und Jetzt zu den Entwicklungen von morgen", so der JU-Chef abschließend.

(ys)

Die Stadt, der Müll und der Dreck

Bild: Bernhard Mertens

Vortrag Stabsstelle von Claudia Gabriel

Der wachsende Müll, Dreck, der Vandalismus und illegale Abfallentsorgung auch im Grüngürtel ärgern immer mehr Menschen in Frankfurt.

Bei der letzten großen Seniorenbefragung haben 59 Prozent der Befragten beispielsweise die Verschmutzung und den Vandalismus im ÖPNV beklagt. Dies und die immer häufigere Funktionsuntüchtigkeit der Rolltreppen beeinträchtigen alte Menschen sehr in ihrer Alltagsmobilität.

Mit reiner Müllentfernung ist dem Problem nicht Herr zu werden: Es müssen neue Strategien der Müllvermeidung ergriffen werden. Aus diesem Grund hatte die Senioren Union die Leiterin der Stabsstelle Sauberes Frankfurt, Claudia Gabriel, eingeladen, die über ihre Arbeit für eine saubere Stadt berichtete.

Es seien vor allem Faulheit, Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit und mangelndes Verantwortungsbewusstsein, die Menschen dazu veranlassen, ihren Müll acht- und rücksichtslos in der Landschaft zu entfernen.

Dem sogenannten „Littering" – das Fallenlassen von Kippen, Kaffeebechern und dergleichen – müsse man, so Gabriel, vor allem mit Information und Aufklärung begegnen. Es sei wichtig, die Menschen emotional in die Verantwortung zu nehmen. Im Rahmen der neuen Initiative „cleanffm" werden 21 Sauberkeitsbotschafter, 15 Parkwächter, 11 zusätzliche Reinigungskräfte und 739 gut sichtbare grüne Abfallkörbe die bisherigen Bemühungen verstärken. Claudia Gabriel erläuterte auch die Maßnahmen gegen illegalen Sperrmüll, so z. B. durch quartiersweisen Abtransport, und versicherte, dass auch die speziellen Reinigungskräfte in den Stadtteilen weiterhin erhalten bleiben.

Dass ein Zigarettenstummel bis zu 40 Liter Grundwasser verschmutzt und ein weggeworfener Kaugummi fünf Jahre erhalten bleibt, macht die Wichtigkeit des Themas für den Schutz der Umwelt deutlich.

„Die Tatsache, dass Frankfurt jährlich um 10 000 Einwohner wächst, führt dazu, dass sich immer mehr Menschen im öffentlichen Raum aufhalten. So falle auch immer mehr Unrat an", betonte Frank Goldberg, stellv. Vorsitzender der SU. „Deshalb müssen die Reinigungsintervalle und die Verfolgung von Müllsündern verstärkt werden", so Goldberg.

„Es ist wichtig, eine so kompetente Vorkämpferin für mehr Sauberkeit in Frankfurt zu haben, und wir freuen uns über die Ausweitung entsprechender Aktivitäten", bedankte sich Frank Goldberg für den sachkundigen Vortrag und ergänzte augenzwinkernd: „Auf die in der Diskussion eingebrachte Idee, ‚alten Kaugummi zu Schuhsohlen zu recyceln', werden wir von der Senioren Union Frankfurt ein Patent anmelden."

(fg)

Bild: Bernhard Mertens

Prof. Dr. Volker Mosbrugger

Eine ökosoziale Marktwirtschaft erhält das Naturkapital

Anhand des Klimawandels, der Überfischung, Rohstoffknappheit und des dramatischen Verlusts an biologischer Vielfalt erläuterte Prof. Dr. Mosbrugger, Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft, beim monatlichen Treffen der Senioren Union die aktuelle Herausforderung der Menschheit.

So sind mittlerweile eine Million Arten vom Aussterben bedroht und mangels natürlicher Bestäubung werden in Zukunft gerade vitaminreiche Nahrungsprodukte für den Einkauf nicht mehr verfügbar sein. Der Anstieg des Meeresspiegels führt dazu, dass 200 Millionen Menschen in den nächsten 50 Jahren umgesiedelt werden müssen. Gefährdet sind auch die Ozeane als Nahrungsquelle, da 80 % der Fischbestände überfischt sind. Mosbrugger fordert eine umgehende Systemlösung ein, in der Natur als Kapital verstanden, geschützt und wiederhergestellt werden müsse. Mit dieser Nachhaltigkeit, gestaltet im Rahmen einer ökosozialen Marktwirtschaft, kann es gelingen, die Welt und die Natur für zukünftige Generationen zu erhalten. Selbst die Wirtschaft habe diesen Weg als notwendig erkannt. Die Politik jedoch, so Mosbrugger, zaudere noch.

(fg)

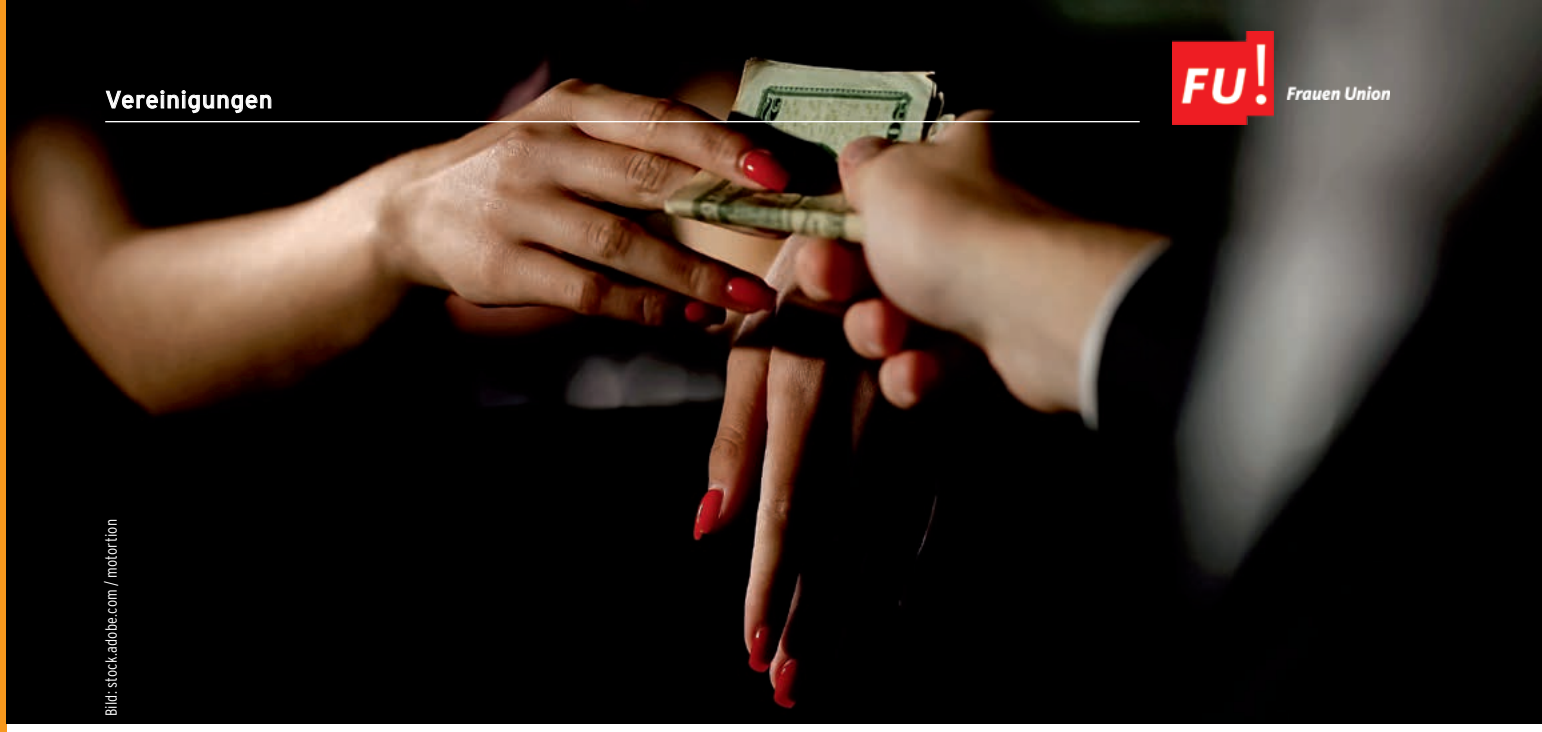


Bild: stock.adobe.com / motortion

Chance auch in Frankfurt ergreifen

Frauen Union Hessen wünscht sich Nordisches Modell

Die Frauen Union Hessen (FU) fordert, die aktuelle Schließung der Bordelle aufgrund der Corona-Pandemie aufrechtzuerhalten, und begrüßt die Initiative im Bundestag zu diesem Punkt. Die Landesvorsitzende der FU, Diana Stolz, sagt dazu: „Wir haben nun die historische Chance, die beschämende Ausnutzung von oft ausländischen Frauen und den Menschenhandel durch eine endgültige Schließung der Bordelle und die Einführung des Nordischen Modells auch in Deutschland zu beenden."

Das „Nordische Modell" hat seit seiner Einführung in Schweden nachhaltige Veränderungen bewirkt.

Dieses Modell stellt insbesondere den Sexkauf von Freiern unter Strafe, während die Prostituierte straffrei bleibt. Seit dessen Einführung ist die Straßenprostitution in Schweden um die Hälfte zurückgegangen, da das Gesetz abschreckende Wirkung auf Käufer sexueller Dienstleistungen hat. Das Verbot wirkt somit als Barriere für Menschenhändler und Zuhälter, daher gibt es in Schweden weniger Menschenhandel als in vergleichbaren Ländern. Neben Schweden haben das Nordische Modell ebenso Frankreich, Norwegen, Island, Nordirland, Irland, Kanada und Israel eingeführt.

„Selbstbestimmte Prostitution stellt leider die Ausnahme dar. Die überwiegende Mehrheit der Frauen in der Prostitution schafft aus Zwang und Armut heraus an – auch und gerade in Frankfurt", unterstreicht Sara Steinhardt, stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen Union aus Frankfurt. Wichtig sei der FU daher vor allem die Fokussierung auf die Frauen, die in der Prostitution arbeiten, denn diese sollen ja gerade nicht bestraft oder stigmatisiert werden: Flankierende Maßnahmen zur aktuellen und dauerhaften Schließung der Bordelle sind ebenso Teil des Nordischen Modells und sollten daher nun so schnell wie möglich umgesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise Ausstiegsprogramme, Unterbringungsmöglichkeiten, die Gewährung von Tage-Geld/Not-Geld und anderen finanziellen Hilfen oder auch Fahrkarten für die Heimreise, falls erwünscht.

Viele Damen seien seit Beginn der Corona-Pandemie in existenzielle Notlagen geraten, ohne auf dem „Radar" der Behörden zu sein oder Anspruch auf Sozialleistungen zu haben. „Das Schicksal vieler Frauen ist ungeklärt und sicher alles andere als rosig. Das besorgt uns", so Steinhardt.

Schätzungen zufolge gibt es an die 300 000 Prostituierte in Deutschland, 90 % arbeiten unter Zwang. 80–90 % der Prostituierten kommen mittlerweile aus dem südosteuropäischen Raum.

Sie werden unter falschen Versprechungen angelockt und arbeiten hier unter menschenunwürdigen und frauenfeindlichen Bedingungen.

Sie haben keine Krankenversicherung und keinen festen Wohnraum. Während in anderen Ländern Europas Prostitution eine Verletzung der Menschenwürde ist, wird es in Deutschland als sexuelle Dienstleistung, als Beruf gesehen. Nicht nur Corona sollte uns auffordern, über dieses System in Deutschland nachzudenken.

Kernforderung der FU ist daher die zeitige Einführung des Nordischen Modells, verbunden mit der Entkriminalisierung der Prostituierten und der Bestrafung der Sexkäufer sowie Betreiber.

Die Frauen Union hat sich in der Vergangenheit immer wieder für die Bekämpfung von Zwangsprostitution, für eine selbstbestimmte Sexualität und gegen Gewalt an Frauen eingesetzt und wird dies auch weiterhin in Frankfurt und in Hessen tun.

(mi)

Frankfurt wird zur Modemetropole

Fashion Week ab 2021 in Frankfurt

Rhein: „Mit der Fashion Week erhält Frankfurt ein weiteres Aushängeschild“

Nicht lange ist es her, da wurde bekannt, dass die Internationale Automobilausstellung (IAA) Frankfurt verlassen wird. Die Stadt hat damit eine der größten und international bedeutendsten Automobilfachmessen der Welt verloren. Weit über eine halbe Million Besucher verzeichnete die IAA zuletzt. Vorausgegangen war ein äußerst unprofessionelles Verhalten des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann.

Nachdem er zur Eröffnung der Messe nicht eingeladen wurde, hatte er eine Rede veröffentlicht und mit dieser deutlich gemacht, dass ihm nicht viel an der IAA liegt. Die Folge war, die IAA geht nach München.

Nach diesem Verlust konnte nun eine neue Messe nach Frankfurt geholt werden. Ab nächstem Jahr wird die wichtige Modemesse Fashion Week nach Frankfurt kommen. Wesentlichen Anteil an dem Umzug nach Frankfurt hatte Wirtschaftsdezernent Markus Frank. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU Frankfurt sieht darin einen Imagegewinn für die Stadt und freut sich über die nachhaltige Stärkung des Messestandorts. „Mit der Fashion Week erhält Frankfurt ein weiteres Aushängeschild“, so der Vorsitzende der MIT Frankfurt und Landtagspräsident Boris Rhein.

Die Fashion Week bietet für Frankfurt eine neue und einmalige Chance. Zehntausende Besucher werden kommen und im Lichte der Hochhäuser die neuesten Modekreationen bewundern. Die Wirtschaftsmetropole am Main stellt sich damit breiter auf und wird zum neuen Zentrum der Modeszene.

(MIT-Redaktion)

MIT-Kreisvorsitzender Dr. h. c. Boris Rhein

CDA-Frankfurt

Beschluss des Koalitionsausschusses zur Mitarbeiterbeteiligung schnell umsetzen!

Der Bundesverband Deutsche Startups hat aktuell eine Studie zur Mitarbeiterbeteiligung veröffentlicht. In dieser wird deutlich, dass Start-ups das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung brauchen.

Um also Deutschlands Attraktivität für Start-ups zu verbessern, müssen wir die Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligungen verbessern, denn diese sind eine Win-win-Chance: Junge Start-ups können hoch qualifizierte Mitarbeiter über attraktive Vergütungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung anwerben. Mitarbeiter haben die Möglichkeit, in erheblichem Umfang vom Erfolg des Unternehmens zu profitieren. Wichtig ist, dass für Mitarbeiter durch geregeltes Einkommen keine existenziellen Risiken entstehen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind in Staaten wie den USA, Großbritannien oder auch Schweden einfacher – daher sind Beteiligungen dort auch gängiger. Im europäischen und internationalen Vergleich ist besonders die steuerliche Attraktivität von Beteiligungsmodellen in Deutschland gering.

Wir müssen deshalb Themen wie die Erhöhung des Steuerfreibetrages für Mitarbeiterbeteiligungen oder die faire Besteuerung des Erlöses von Mitarbeiteranteilen angehen.

Längerfristig sollten wir zudem prüfen, wie ein ausgeglichener Regelungsrahmen für virtuelle Mitarbeiterbeteiligungen geschaffen werden kann. (mz)

Gerade jetzt:
Zusammenhalten.

Gemeinsam sind wir stark!
Jetzt Mitglieder werben.

jetzt-cdu.de

Bild: Unsplash/Kelly Sikkema